



Tagesordnungspunkt 4

Seite 36

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Neunter Bericht zur Lage der älteren Generation in
der Bundesrepublik Deutschland
Alt werden in Deutschland – Vielfalt der
Potenziale und Ungleichheit der
Teilhabechancen
und
Stellungnahme der Bundesregierung
BT-Drucksache 20/14450(neu)**

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Mitberatend:

Ausschuss für Sport und Ehrenamt
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Gesundheit

Tagesordnungspunkt 5

Seite 36

Verschiedenes

**Mitglieder des Ausschusses**

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Güntzler, Fritz Lehmann, Jens Mayer (Altötting), Stephan Stier, Dieter	Gutting, Olav Linnemann, Dr. Carsten Müller, Florian Steiniger, Johannes Stetten, Christian Frhr. von
AfD	König, Jörn Korell, Thomas Schieske, Lars	Bleck, Andreas Naujok, Edgar Treuheit, Bastian
SPD	Coße, Jürgen Lugk, Bettina Özoğuz, Aydan	Abdi, Sanae Bettermann, Daniel Eichwede, Sonja
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nick, Dr. Ophelia Winklmann, Tina	Limburg, Helge Müller, Sascha
Die Linke	Görke, Christian	Eißing, Mandy



Sachverständigenliste

zur Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt
am Mittwoch, 15. April 2026

Bund der Deutschen Landjugend e.V. (BDL)

Theresa Schmidt, Bundesvorsitzende
Lars Ruschmeyer, Bundesvorsitzender

Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv)

Heidrun Diekmann, Präsidiumsmitglied

PD Dr. habil. Tuuli-Marja Kleiner

Johann Heinrich von Thünen-Institut

Susann Seifert

Geschäftsführerin
Erlebe was geht gGmbH



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **Vorsitzende**: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße alle Zuschauerinnen und Zuschauer hier vor Ort oder auch digital ganz herzlich zu unserer 21. Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt. Die Sitzung ist öffentlich. Ich begrüße Frau Staatsministerin Dr. Christiane Schenderlein aus dem Bundeskanzleramt sowie Abteilungsleiterin Sport und Ehrenamt Dr. Babette Kibele und Referatsleiterin Dr. Juliane Rapp-Lücke, herzlich willkommen, sowie Referatsleiter Dr. Patrick Spitzer und weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hier Platz genommen haben. Ihnen allen herzlich willkommen. Ebenso möchte ich die Ressort- und Ländervertreter begrüßen. Auch diese Sitzung wird vom Parlamentsfernsehen übertragen und kann ab morgen in der Mediathek nachgeschaut werden. Damit kann ich schon zu TOP 1 übergehen.

Tagesordnungspunkt 1

Ehrenamt im ländlichen Raum

Selbstbefassung SB 21(5)26

Die **Vorsitzende**: Wir haben uns heute das Thema Ehrenamt im ländlichen Raum vorgenommen. Damit wollen wir uns eingehend beschäftigen, denn ehrenamtliches Engagement hat im ländlichen Raum einen ganz zentralen Stellenwert. Es sichert soziale Strukturen, stärkt den Zusammenhalt, ergänzt staatliche Angebote. Mit den Blaulichtorganisationen und ihrer enormen Bedeutung gerade im ländlichen Raum haben wir uns bereits vor wenigen Wochen hier beschäftigt. Heute widmen wir uns weiteren Organisationen und Initiativen, die das Gemeinschaftsleben im ländlichen Raum maßgeblich prägen und besonders aktiv sind. Organisationen wie beispielsweise die Landjugend, die Bildungsarbeit, Freizeitangebote und politische Beteiligung für junge Menschen fördert. Ebenso engagiert sich der Deutsche LandFrauenverband in Bereichen wie Weiterbildung, Gleichstellung und regionale Entwicklung, und zwar wie es der Name impliziert, insbesondere für Frauen, die im ländlichen Raum zu Hause sind. Beide leisten einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit und Attraktivität ländlicher Räume, deshalb freue ich mich sehr, dass ich beide Organisationen hier

begrüßen darf. Vom Deutschen LandFrauenverband (dlv) das Präsidiumsmitglied Heidrun Diekmann. Herzlich willkommen. Vom Bund der Deutschen Landjugend (BDL) ist Theresa Schmitt leider erkrankt und Herr Ruschmeyer ist im Moment noch nicht da. Außerdem freue ich mich weitere Sachverständige hier begrüßen zu können, die aus ihrer Perspektive einen Blick auf das Ehrenamt im ländlichen Raum eröffnen können. Dazu begrüße ich die Privatdozentin Dr. Thule Meier-Kleiner vom Johann Heinrich von Thünen-Institut, dem Bundesforschungsinstitut für ländliche Räume, Wald und Fischerei. Und ich begrüße Susann Seifert, Geschäftsführerin der gemeinnützigen Erlebe was GmbH. Diese Gesellschaft führt ein von Aller.Land gefördertes Projekt durch. Aller.Land wiederum ist ein ressortübergreifendes Programm zur Förderung von Kulturbeteiligung und Demokratie auf dem Land. Ihnen allen ein herzliches Willkommen. Ich danke Ihnen für die termingerecht eingereichten Stellungnahmen von Ihnen, die an alle Mitglieder verteilt wurden. Darauf basiert gleich unser Gespräch. Zu TOP 1 begrüße ich als Ressortvertreterinnen vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, die Parlamentarische Staatssekretärin Martina Englhardt-Kopf und die Referatsleiterin Elisa Manukjan. Unterabteilungsleiterin Ellen Sunder soll uns digital zugeschaltet sein. Das hat auch funktioniert, wir sehen Sie, wunderbar. Herzlich willkommen. Dann würde ich sagen, wir starten. Wir würden das so machen, dass wir mit den Eingangstatements von Ihnen beginnen, mit jeweils fünf Minuten pro Institution und Sachverständigen. Behalten Sie bitte die Zeit so ein bisschen im Auge. Wir starten mit dem LandFrauenverband. Frau Diekmann, Sie haben das Wort.

Heidrun Diekmann (dlv): Danke, dann fange ich gleich an. Sehr geehrte Frau Ministerin Schenderlein, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, ich freue mich sehr, dass der Ausschuss Sport und Ehrenamt in dieser Legislaturperiode erstmals besteht. Ihr Ansatz, einen Einblick in das ländliche Engagement zu gewinnen, ist sinnvoll und wichtig. Und so kann man gemeinsam die Rahmenbedingungen überdenken und auch verbessern. Der Deutsche LandFrauenverband ist der bundesweit größte Verband für Frauen und ihre Familien, die auf dem Land leben. Aber ländliche Räume unterscheiden sich regional teils erheblich in ihrer Bevölkerungsstruktur, ihren



wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ihrer infrastrukturellen Ausstattung. Engagierte, die vor Ort aktiv sind, können den daraus resultierenden individuellen Bedarfen zielgerichtet begegnen. Genau hier setzt die Arbeit der Landfrauen an. Ehrenamt bei den Landfrauen ist kein Hobby Ehrenamt. Es ist strukturbildend und zugleich auch Daseinsvorsorge. Ortsvereine organisieren Bildung, Integration, Kultur und soziale Unterstützung. Sie sind damit Bildungsanbieter, Nachbarschaftsnetzwerk und sehr häufig erste Anlaufstelle in Krisen. Landfrauen agieren vorwiegend generationsübergreifend und mit dem ihnen eigenen pragmatischen, lösungsorientierten Denken meistern sie manche Herausforderung. Die Mitglieder- und Ehrenamtsstruktur umfasst sehr unterschiedliche Berufsgruppen. Dadurch verfügen die Landfrauen über eine Kompetenz- und Perspektivenvielfalt. Die Zahlen aus dem Jahresbericht 2024 sprechen für sich. Landfrauen initiierten bundesweit über 100 000 Veranstaltungen und erreichten mehr als 1,7 Millionen Menschen, sicherlich vorwiegend Frauen, aber auch Männer. Knapp 44 500 Kurse und Seminare zählten über 500 000 Teilnehmende. Die Vorträge und Diskussionsveranstaltungen zogen mehr als 432 000 Menschen an. Diese Aktivitäten sind nicht nur kulturell wertvoll, sie haben auch wirtschaftliche Effekte. Bildungs- und Veranstaltungsangebote stärken die lokalen Dienstleister, schaffen Nachfrage für Gastronomie und Infrastruktur und halten vor allem Wertschöpfung in der Region. Kurz, Landfrauen sind Multiplikatorinnen für Bildung, Integration und lokale Ökonomie und damit als Motor im ländlichen Raum gar nicht wegzudenken. Wo geht es nicht ohne das ehrenamtliche Engagement der Landfrauen als Daseinsvorsorge vor Ort? So realisieren die Landfrauen zum Beispiel Seniorenbetreuung, Nachbarschaftshilfe oder bieten eben auch Integrationskurse an mit volkshochschulnahen Angeboten, praktischen Kursen. Unter dem Motto lebenslanges Lernen ermöglichen die Landfrauen Weiterbildung für jederfrau. Dabei ist den Landfrauen demokratische Teilhabe durch lokale Foren und politische Sensibilisierung von jeher ein großes Anliegen. Die Kompetenzen werden gestärkt und Akteurinnen werden vernetzt, um so gleichberechtigte Mitgestaltung in Politik und Gesellschaft zu ermöglichen. Es werden Begegnungsorte geschaffen, die Familien stärken, um so auch die Perspektive auf dem Land lebender Frauen und ihrer Familien in die politischen

Entscheidungsprozesse einbringen. Ohne dieses Engagement wären viele Dörfer weniger handlungsfähig – mit direkten negativen Folgen für Lebensqualität und Standortqualität. Aber die Abwanderung junger Menschen, Zeitknappheit und die Sorge um Arbeit und Beruf sowie die sinkende Bereitschaft, Leitungsfunktionen zu übernehmen, erschwert eine dauerhaft erfolgreiche Nachwuchsarbeit. Dafür braucht es neue, zeitgemäße Rahmenbedingungen. Mit ihrer Reichweite und ihrem Engagement verdeutlichen Landfrauenverbände, was möglich ist und was bewirkt werden kann. Wenn wir diese Strukturen erhalten und modernisieren wollen, brauchen wir jetzt verlässliche, geschlechtersensible Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie, bessere Vereinbarkeit und mehr Anerkennung. Ansonsten riskieren wir den Verlust von Bildungsangeboten, Nachbarschaftsnetzwerken und demokratischer Teilhabe in vielen Regionen. Darum müssen Begegnungsorte gesichert oder ausgebaut werden, denn sie sind die Grundvoraussetzung für ein solches Engagement. Für stabiles und zuverlässiges Engagement müssen sich Care-Arbeit und Beruf vereinbaren lassen. All dies bleibt ein großes Thema bei Frauen, darum plädieren wir für die Einführung von bundesweit möglichem Bildungsurlaub für Verbandsarbeit und ein Anrecht auf Freistellung für Ehrenamtsaufgaben in Leitungsgremien sowie die Erhöhung der Reisekostenpauschale. Durch die Vereinheitlichung von Nachweispflichten und die Vereinfachung der Gemeinnützigkeitsregelung würde Bürokratie abgebaut und letztendlich mehr Raum und mehr Zeit für die Sache bleiben. Schon lange fordern wir die Prüfung eines Modells zur Anerkennung von Ehrenamt in Form von Rentenpunkten. Außerdem wäre es ein Zeichen der Fairness, die Ehrenamts- pauschale an die Übungsleiterpauschale anzugleichen. Zudem bräuchten Vereine die Möglichkeit zur kostenfreien Rechtsberatung, damit sie nicht an rechtlichen Hürden scheitern. Man kann nicht überall entsprechend das Know-how voraussetzen. Gezielte Nachwuchsförderung wird durch Mentoring-Programme, projektbezogene Angebote und spezielle Anreize für Frauen in der Nacherwerbsphase begünstigt. Wenn wir diese Strukturen erhalten und zukunftssicher gestalten wollen, brauchen wir jetzt verlässliche Rahmenbedingungen und geschlechtersensible Rahmenbedingungen. Jede Stunde, die in Ehrenamt investiert wird, spart letztendlich öffentliche Mittel, stärkt die lokalen



Wirtschaftskreisläufe und erhält soziale Infrastruktur. Investitionen in starke Vereine bedeutet stabile Kommunen, attraktive Regionen und letztendlich eine lebendige Demokratie. Wer das Ehrenamt stärkt, stärkt das Land. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank, Frau Diekmann. Dann gehen wir gleich weiter zu Frau Dr. Kleiner. Bitte schön.

PD Dr. habil. Tuuli-Marja Kleiner (Thünen-Institut): Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren. Ich danke Ihnen für die Einladung und freue mich, heute als Sachverständige Stellung nehmen zu dürfen. Hohe Erwartungen werden an das Engagement in ländlichen Räumen gestellt. Es soll Lücken in der Daseinsvorsorge schließen, den sozialen Zusammenhalt sichern und demokratische Strukturen stützen. Gleichzeitig fehlen gerade in strukturschwachen und peripheren Regionen häufig die Voraussetzungen dafür. Besonders angesichts demografischer Alterung, der Abwanderung jüngerer Menschen sowie struktureller Defizite und finanzieller Engpässe. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit Engagement diesen Erwartungen tatsächlich gerecht werden kann. Ich möchte dies entlang drei gängiger Annahmen kurz skizzieren. Annahme eins: Engagement ersetzt staatliche Leistungen. Engagierte stabilisieren viele ortszentrale Angebote, etwa im Sport, Katastrophenschutz oder im Kulturbereich. Studien zeigen, dies funktioniert vor allem dort, wo Engagement auf öffentliche Unterstützung und funktionierende Strukturen zurückgreifen kann. Doch Engagement ist weder flächendeckend verfügbar noch verlässlich planbar und kann auch nicht eingefordert werden. Es hängt also stark ab von lokalen Ressourcen, Netzwerken und demografischen Entwicklungen. Das bedeutet, Engagement kann staatliche Leistungen nicht ersetzen, sondern bestenfalls unter bestimmten Voraussetzungen ergänzen. Annahme zwei: Engagement sichert den sozialen Zusammenhalt. Wo soziale Infrastrukturen fehlen, sind es die Vereine und Initiativen, die Begegnungen ermöglichen, soziale Netzwerke stärken und Zugehörigkeit fördern. Das gilt aber vor allem für diejenigen, die sich aktiv beteiligen. Für Nichtengagierte sinken die Chancen auf soziale Teilhabe und Mitwirkung deutlich. Studien zeigen, je stärker das

Sozialleben vor Ort von Vereinen organisiert ist, desto ausgeschlossener fühlen sich jene, die sich nicht engagieren. Hinzu kommt, dass Engagement sozial ungleich verteilt ist, sowohl in der Beteiligung als auch im Einfluss. So engagieren sich in ländlichen Räumen Manager oder Freiberufler um 55 Prozent häufiger als Arbeiter. Auch Lasten und Sicherheit sind ungleich verteilt. So finden etwa im Gesundheitsbereich rund 63 Prozent des Engagements in informellen und oft unsichtbaren Kontexten statt. Ein Bereich, in dem vor allem Frauen engagiert sind. Das bedeutet, Engagement stärkt sozialen Zusammenhalt vor allem innerhalb bestehender homogener Gruppen, während verbindende Effekte über soziale Grenzen hinweg deutlich seltener entstehen. Annahme drei: Engagement stützt die Demokratie. Engagierte weisen im Durchschnitt höhere demokratische Orientierungen und politische Kompetenzen auf als Nichtengagierte. So auch im ländlichen Raum. Studien deuten allerdings darauf hin, dass diese Unterschiede bereits vor dem Engagement bestehen. Denn Engagement ist überproportional von Personen getragen, die über Ressourcen, Bildung und politische Einbindung verfügen. Zudem sind Vereine und Initiativen nicht per se neutral. Sie können demokratische Praktiken stärken, aber sie können ebenso gut exklusiv sein oder antidemokratische Positionen stabilisieren. Je nach lokalem Kontext oder Zusammensetzung der Engagierten. Das bedeutet Engagement kann demokratische Prozesse unterstützen. Es stärkt Demokratie, aber nicht automatisch. Und es kann politische Unterschiede auch verstärken. Aus diesen Befunden ergeben sich jetzt drei konkrete Anforderungen an die Engagementpolitik. Erstens, Engagement sollte als ergänzende Ressource und nicht als Ersatz verstanden werden. Die Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge bleibt staatliche Kernaufgabe. Zweitens, wenn Engagement zu sozialem Zusammenhalt und demokratischer Teilhabe beitragen soll, müssen Zugangsbarrrieren gezielt abgebaut werden. Wir wissen aus den Daten, dass Engagement sozial ungleich verteilt ist. Ob und wie diese Ungleichheiten in den unterschiedlichen Bereichen und Kontexten sich zeigen, ist jedoch bislang nicht hinreichend untersucht und erfasst. Es braucht daher für gezielte Unterstützung auch ein kontinuierliches Monitoring, bevor es zu Frustration und Abkehr von Gemeinschaft und Demokratie kommt. Und drittens, informelle und weniger sichtbare Formen des Engagements



sollten stärker anerkannt und unterstützt werden. Denn gerade in ländlichen Räumen leisten diese einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Dr. Kleiner. Und dann würde ich Frau Seifert das Wort geben. Bitte schön.

Susann Seifert (Erlebe was geht gGmbH): Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank, dass ich heute die Möglichkeit habe, hier aus meiner Praxis zu sprechen. Meine Praxis stammt aus vielen Jahren Kommunalverwaltung, Feuerwehr, ehrenamtlichen Engagement und Sozialunternehmertum. Meine Erfahrungen daraus sind sehr klar: Es fehlt nicht immer an Engagement-Bereitschaft. Die Menschen sind da, die Ideen sind da. Doch das Ehrenamt ist auf zu wenige Schultern verteilt. Wenn wir einen Blick auf unsere Region werfen, wird deutlich, woran das liegt. Einerseits zählt unsere Region mit dem Altersdurchschnitt über 50 zum zweitältesten Landkreis in ganz Deutschland. Wir haben in den 90er Jahren in unserer Stadt Altenburg einen Bevölkerungsrückgang von rund 45 Prozent zu verzeichnen. Wir sind einer der Kreise mit den niedrigsten Bruttolöhnen bundesweit und fast 40 Prozent der Menschen pendeln aus in die Stadt. Dazu kommt, junge Menschen wandern ab. Gleichzeitig ist die soziale Infrastruktur über die Jahre sehr ausgedünnt worden und für viele Menschen fehlt es an Gelegenheiten, überhaupt miteinander in Kontakt zu kommen. Und das alles hat Folgen. Wenn junge Menschen vor allen Dingen erschöpfte, überlastete Engagierte erleben, dann wirkt Engagement für sie wenig attraktiv. Aber der entscheidende Punkt liegt noch viel tiefer. Viele Menschen haben nicht mehr das Gefühl, dass ihr Engagement irgendwas bewirken kann oder Engagement überhaupt ein Ort für sie ist und dass sie dazugehören. Gleichzeitig erleben wir, dass Ehrenamt viele Ortsaufgaben übernimmt, die früher Teil öffentlicher Infrastruktur waren. Das alles zeigt, Ehrenamt im ländlichen Raum steht unter doppeltem Druck. Strukturell, durch Demografie und Lebensrealitäten, gesellschaftlich, durch Verunsicherung, Frustration oder Lähmung. Und die Menschen, die sich heute engagieren, stehen vor Fragen wie: Wie zahlen wir die Miete für unsere Vereinsräume? Wie finden wir Nachfolger? Lohnt sich das alles noch? Gleichzeitig kämpfen sie mit Antragslyrik, Projekteritis, Eigenmittelakquise

oder Bürokratie. Andererseits sehen wir aber auch, was funktioniert: Ein wesentlicher Teil dieser Entwicklung entsteht dort, wo Menschen ausprobieren, Dinge lernen und sich begegnen können. Mit der Farbküche haben wir im Zentrum von Altenburg einen kreativen Begegnungsraum und einen lebendigen Ort der Zivilgesellschaft geschaffen. Hier begegnen sich Menschen, die sich sonst nicht begegnen würden. Hier stärken wir Selbstwirksamkeit, Machergeist und vor allem Kinder und Jugendliche. Von hier aus gehen viele Impulse in Stadt und Landkreis und darüber hinaus. Mit unserem Gründungslabor sind wir Anlaufstelle für Projekte, für Gründungsvorhaben und Ideen und begleiten diese bis zur Umsetzung. Mit einem Stadtmensch-Fonds haben wir niedrigschwellige Förderangebote erprobt, um Menschen schnell ins Handeln zu bringen. Das lief vom Ideenaufwurf, bei dem Menschen selbst ausgewählt haben, was sie machen wollen, bis hin zur Zufallsauswahl mit Dartpfeil. Damit waren wir wirklich bei den Menschen, die man klassischerweise nicht erreicht. Alle zwei Jahre feiern wir das Ehrenamt in unserem Landkreis mit dem ProvinzGlück Festival, an dem rund 200 Engagierte mittlerweile mitwirken. Und mit unserem Bürgermagazin „Günther“ wollen wir unter dem Slogan „Machen statt Meckern“ gute Beispiele in die Region hineintragen und Menschen ermutigen, selbst aktiv zu werden. Seit vielen Jahren arbeiten wir dabei auch mit Stadt und Landkreis zusammen und knüpfen regionale und überregionale Netzwerke. Wir verstehen das alles als ein Zusammenspiel von verschiedenen Faktoren, Orten, Wissen, Geld und Zeit, die sich gegenseitig bedingen und bei denen verschiedene Akteure gemeinsam an einem Strang ziehen. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die Engagierte wirklich voranbringen. Wir konnten und können von anderen Unterstützungsstrukturen profitieren. Wir haben zum Beispiel vom Erfurter Verein Plattform unser Handwerkszeug gelernt. Wir konnten als Pilotprojekt der nationalen Stadtentwicklungspolitik in Freiräumen experimentieren. Wir werden von Stiftungen wie der Kinnings Foundation oder der Hasso Plattner Foundation finanziell sowie in der Organisationsentwicklung unterstützt. Ein zentraler Punkt, den möchte ich nicht unerwähnt lassen, das ist Vertrauen. Vertrauen in die Akteure vor Ort, denn sie wissen am besten, was gebraucht wird. Über die Jahre konnten wir uns vom Ehrenamt zum Hauptamt entwickeln und heute sind



damit selbst die Struktur vor Ort, die wir am Anfang so nötig gebraucht hätten. Das Bundesprogramm Aller.Land zeigt ganz aktuell, wie nachhaltige Beteiligungs- und Netzwerksstrukturen aufgebaut werden können. Wir im Altenburger Land sind eine von 30 geförderten Regionen. Das Programm ist langfristig angelegt und setzt genau auf das eben genannte Zusammenspiel in vielschichtigen Netzwerken. Ein zentraler Schlüssel dabei ist Kultur auf dem Dorfplatz, in leerstehenden Läden oder am Einkaufszentrum. Denn Kultur schafft Begegnung, senkt Zugangsbarrieren, stiftet Identität und Gemeinschaft. Gerade im ländlichen Raum sehen wir darin eine große Chance, dass die Gesellschaft wieder stärker zusammenrückt, dass Engagement gemeinsam getragen wird und so weiterentwickelt wird, dass es anschlussfähig ist für nachfolgende Generationen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Ich danke Ihnen sehr für diese Einsichten und Anregungen. Nun ist Herr Ruschmeyer durch die Zugverspätung noch nicht hier. Ich würde sagen, wir fangen an, in eine Frage–Antwort–Runde einzusteigen. Wenn Herr Ruschmeyer kommt, dann nehmen wir ihn dazwischen dran. Für Sie ist nur wichtig zu wissen, wir haben ein unterschiedliches Zeitbudget pro Fraktion je nach ihrer Größe. Das heißt, wenn mehrere von Ihnen angesprochen werden, dann lassen Sie bitte noch ein bisschen Zeit für die jeweils andere, damit diese auch innerhalb des Zeitbudgets antworten zu können. Wir starten mit der Unionsfraktion. Arthur Auernhammer, bitte schön.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war mir persönlich wichtig, dass sich der Ausschuss für Ehrenamt mit dem Thema Ehrenamt im ländlichen Raum auseinandersetzt. Ich glaube, im Vergleich zur Großstadt funktioniert im ländlichen Raum das Ehrenamt noch besser. Wenn man selbst aus der Landjugendarbeit kommt, wie ich – na gut, das ist jetzt ein paar Wochen her – dann weiß man um die Bedeutung dieser Ehrenämter. Wir wissen alle, was in den Dörfern, alles nur funktioniert und stattfindet, weil es ehrenamtlich organisiert wird. Das ist der Sportverein, der Schützenverein, das ist auch die Landjugend, das sind die Landfrauen. Wenn ich bei den Landfrauentagen bei mir im Waldkreis unterwegs bin, da sind die Hallen voll – im Vergleich zu anderen

Einrichtungen. Wo wir Sorge haben, ist zunehmend die Frage, wie bringen wir die Menschen noch zusammen. Deshalb auch meine Frage an Sie, Frau Diekmann. Wir haben oft das Klischee, die Landfrau, das ist die Bäuerin. Sie sind ein selbstständiger Verband, der aber nicht nur die Probleme der Landwirtschaft im Fokus hat, sondern die Probleme des gesamten ländlichen Raums. Können Sie noch darlegen, dass es nicht nur um die Landwirtschaft geht, nicht nur um die Anliegen der Bäuerin, sondern um alle Menschen und die Gemeinschaft im ländlichen Raum. Wie kann man die Frau, die in der Siedlung wohnt, dazuholen und dazu bringen, sich im Landfrauenverband zu engagieren. Gibt es da noch Barrieren? Ich frage das, denn ich kenne aus Bayern noch eine etwas andere Vorstellung, weil der Landfrauenverband dort noch beim Bayerischen Bauernverband integriert ist. Sie sind hier selbstständiger unterwegs. Gibt es da noch Barrieren?

Heidrun Diekmann (DLV): „In Bayern gibt es tatsächlich noch Barrieren, aber auch dort ist man sehr darum bemüht, diese abzubauen. Ich denke, in allen anderen Bundesländern oder Verbänden haben wir diese Barrieren einfach nicht mehr. Obwohl es ursprünglich eine berufsständige Vertretung der Frauen auf den Höfen war, kommen jetzt vielleicht noch 40 Prozent der Frauen aus der Landwirtschaft. Über 60 Prozent kommen aus anderen Berufsgruppen. Das ist es, was ich eben beschrieben habe: Dadurch entsteht eine Perspektivenvielfalt. Ich denke, die Barrieren sind sehr weit abgebaut. Man versteht sich als Vertretung und als Gemeinschaft der Frauen im ländlichen Raum. Das betonen wir auch immer wieder. Ich denke, es war ein sehr guter Schritt, die Landfrauen vor Jahren zu öffnen, denn wenn wir nur Landwirtinnen oder Frauen aus der Landwirtschaft als Mitglieder hätten, wäre unsere Mitgliederzahl nicht so groß. Nichtsdestotrotz haben wir aktuell das UN-Jahr der Frauen in der Landwirtschaft. Der ganze Verband beteiligt sich sehr gerne daran, weil die Gemeinschaft der Landfrauen für Verbraucher und Erzeuger eine ideale Win-Win-Situation ist.“

Die **Vorsitzende**: Herr Ruschmeyer, herzlich willkommen. Sie sitzen hier in einem Kreis von Menschen, die es kennen, wenn die Bahn Verspätung hat und man ganz schnell zu Sitzungen anreisen muss. Wir sind erst froh, dass Sie da sind, zumal Ihre Kollegin leider erkrankt ist. Wir hatten gerade



die Eingangsstatements. Wenn Sie möchten, können Sie direkt Ihr Eingangsstatement halten, damit wir Sie anschließend in die Fragen mit einbeziehen können.

Lars Ruschmeyer (BDL): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, vielen Dank für die Begrüßung. Das Angebot nehme ich sehr gerne an. Ich entschuldige mich für die Verspätung, die durch die Deutsche Bahn verursacht wurde. Vielen Dank, dass ich mein Statement verspätet geben darf. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, der Bund der Deutschen Landjugend bedankt sich erst einmal herzlich für die Möglichkeit, heute bei der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt Stellung nehmen zu dürfen. Ich bin Lars Ruschmeyer, aktueller Bundesvorsitzender. Wie Sie bereits angekündigt haben, ist meine Mitvorsitzende Theresa Schmidt heute leider erkrankt. Als Bund der Deutschen Landjugend, kurz BDL, sind wir der größte Jugendverband im ländlichen Raum. Wir wurden 1949 gegründet und haben insgesamt 18 Landesverbände, die nicht ganz deckungsgleich mit den Bundesländern sind. In unserem Verband engagieren sich circa 100 000 Jugendliche bzw. Landjugendliche im Alter zwischen 15 und 35 Jahren. Mit unseren Gruppen sind wir in nahezu allen Regionen Deutschlands vertreten. Unser Ziel ist es, die Interessen junger Menschen und explizit auch junger Landwirtinnen und Landwirte im ländlichen Raum zu vertreten und uns für Lebens- und Bleibeperspektiven, also für die Zukunft, einzusetzen. Wir sind ehrenamtlich geführt und paritätisch besetzt. Für uns ist ehrenamtliches Engagement keine Randerscheinung, sondern eine tragende Säule für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine demokratische Kultur und die Lebensperspektiven junger Menschen, gerade in ländlichen Räumen, sind extrem wichtig. Jugendverbände schaffen Erfahrungsräume, in denen junge Menschen Verantwortung übernehmen, Gemeinschaft erleben, eigene Interessen vertreten und demokratische Prozesse praktisch einüben können. Gerade in ländlichen Regionen zeigt sich besonders deutlich, wie eng Ehrenamt, Daseinsvorsorge und Lebensqualität zusammenhängen. Landjugend, Landfrauen, Sportvereine, Feuerwehren, Kulturvereine, Kirchen und viele weitere Initiativen tragen dort gemeinsam das soziale und kulturelle Leben voran. Hierbei stiftet das junge Engagement Identität, stärkt die Bindung an die Region und kann zu einem echten Bleibe-

faktor für die Zukunft werden. Dabei hat die Jugendverbandsarbeit eine besondere Bedeutung. Sie bietet jungen Menschen nicht nur Beteiligung und Spaß, sondern auch die Möglichkeit, echte Verantwortung in Selbstorganisationen zu übernehmen. Jugendverbände sind lebendige demokratische Räume, in denen Verhandlungen, Widerspruch, Kompromisse und Entscheidungen tatsächlich erlebt werden. Aus Sicht des BDL sind Jugendverbände deshalb ein zentrales Rückgrat der Demokratie und der ländlichen Räume. Sie vermitteln politische und soziale Kompetenzen und wirken präventiv gegen Vereinsamung, Perspektivlosigkeit sowie verschiedene radikale Einflüsse. Um dies zu gewährleisten, braucht es aus unserer Sicht eine dauerhafte, bedarfsgerechte und dynamisierte Finanzierung der Jugendverbandsarbeit, eine verlässliche Absicherung der bundeszentralen Infrastruktur über den Kinder- und Jugendplan sowie den Ausbau hauptamtlicher Unterstützungsstrukturen für ehrenamtliche Organisationen. So können junge Menschen in Jugendverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Strukturen fachlich, organisatorisch und administrativ entlastet werden. Ehrenamt braucht Hauptamt. Hauptamt ersetzt nicht das Ehrenamt, sondern macht es vielfach erst möglich. Heutzutage erleben wir, dass Schule, Ausbildung, Studium und Beruf den Alltag verdichten. Zugleich wachsen die Anforderungen an Vereine und Verbände. Bürokratie, Datenschutz, Antragswesen, Abrechnung, Veranstaltungsorganisation und digitale Kommunikation binden Zeit und Energie, die dann für die eigentliche Arbeit mit jungen Menschen fehlt. Deshalb braucht junges Ehrenamt nicht nur Anerkennung, sondern vor allem auch Zeit und Freiräume, Freistellung und professionelle Unterstützung. Als BDL setzen wir uns deshalb für bundeseinheitliche, bürokratiearme Freistellungsregelungen für ehrenamtliches Engagement sowie insgesamt für weniger Bürokratie, einfachere Förder- und Abrechnungsverfahren und verlässliche Beratungsangebote, wie zum Beispiel Engagement-Beauftragte, insbesondere für kleinere und junge Initiativen in ländlichen Räumen, ein. Einschränkend wirkt sich aus, dass sich nur wenige Räume und offizielle Treffpunkte für junge Menschen in ländlichen Räumen finden. Dabei ist es sehr wichtig, dass Jugendliche einen Ort haben, den sie nutzen können und der ihnen von kommunaler Seite gegeben wird, verbunden mit Anerkennung. So wird unsere Sichtbarkeit



gesteigert und wir können ein willkommener Teil der Dorfgemeinschaft sein. Seit Jahren ist es die bekannte Strategie populistischer Organisationen und Verbände, über niedrigschwellige Formate Erstkontakte herzustellen, zum Beispiel in ehemaligen Gaststätten, Diskotheken, Weingütern und weiteren leerstehenden Gebäuden. So wollen sie Anlaufstelle sein oder sich als Dorfkümmerer präsentieren. Aus Sicht des BDL folgt daraus klar: Gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen müssen Jugendverbände, Sportvereine, Jugendtreffs, politische Bildung, mobile Beratung und demokratische Infrastruktur verankert werden. Der BDL setzt sich daher dafür ein, dass alle Jugendgruppen einen selbstverwalteten Ort in ihrer Gemeinde nutzen und gestalten können. Ebenso müssen demokratische Parteien die Menschen in diesen Regionen aktiv ansprechen, dauerhaft vor Ort anwesend sein, echte Beteiligung und Wertschätzung ermöglichen und die Lebensrealität in den ländlichen Regionen ernst nehmen. Andernfalls besetzen antidemokratische Kräfte diese Lücke. Vor diesem Hintergrund appelliert der BDL an den Deutschen Bundestag und die politischen Verantwortlichen, Ehrenamtspolitik konsequent als Struktur-, Demokratie- und Jugendpolitik zu verstehen. In den ländlichen Räumen ist ehrenamtliches Engagement keine Ergänzung, sondern häufig die Voraussetzung dafür, dass Kommunen funktionieren, Angebote bestehen, Gemeinschaft erfahrbar bleibt und junge Menschen eine Perspektive vor Ort sehen. Damit das Ehrenamt stark bleibt, braucht es Anerkennung, Zeit, Räume, eine verlässliche Finanzierung und hauptamtliche Unterstützung für die Jugendverbände. Wer das Ehrenamt stärkt, investiert in den sozialen Zusammenhalt unseres Landes. In diesem Sinne bedanke ich mich. Jetzt würde ich mich auch gerne an der Fragerunde beteiligen, falls es Fragen gibt.

Beifallsbekundungen

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Ruschmeyer. Das haben Sie wunderbar gemeistert, aber damit ist es jetzt nicht getan, ...

allgemeine Heiterkeit

...denn Artur Auerhammer hat schon angekündigt, seine Zeit ist noch eingeblendet, dass gleich die nächste Frage an Sie gerichtet ist. Wir gehen wieder zur Unionsfraktion. Artur Auerhammer, bitte.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank. Vielen Dank auch dir, lieber Lars, für dein Erscheinen hier, und herzliche Grüße an Theresa, damit sie wieder gesund wird. Normalerweise sind die Landjugend- und die Landfrauenverbände zu Gast im Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, aber wir sind hier im Ehrenamtsausschuss. Du, Theresa und alle Verantwortlichen im BDL und in den Landesgruppen engagieren sich enorm im Ehrenamt. Ihr habt selbst eigene Betriebe zu Hause. Wie schafft ihr das alles? Welche Rahmenbedingungen sollten wir hier noch besser setzen? Du hast richtigerweise angesprochen, dass wir für das Ehrenamt auf dem Land die hauptamtliche Unterstützung brauchen. Da bin ich voll dabei. Das war auch zu meiner Zeit wichtig: Das Hauptamt muss das Ehrenamt entsprechend entlasten. Was können wir hier zusätzlich tun? Gerade als Ausschuss für Sport und Ehrenamt?

Lars Ruschmeyer (BDL): Vielen Dank für die Frage. Wie machen wir das? Kurz im Hintergrund. Der Bundesvorstand ist sehr agrarisch geprägt. Das heißt, fünf von sechs Bundesvorstandsmitgliedern haben einen landwirtschaftlichen Hintergrund. Dieses Ehrenamt mit etwa 100 Ehrenamtstagen pro Jahr zu leisten, ist nur möglich, wenn wir familiären Rückhalt haben. Das heißt, unsere Familienmitglieder springen für uns ein, wenn wir fehlen, und wir müssen natürlich Kompromisse eingehen. Das heißt, wir sparen an unserer eigenen Arbeitszeit, müssen Arbeiten, die eigentlich anliegen, vertagen oder in den Abendstunden nachholen. Manchmal müssen wir auch ein Auge zudrücken, zum Beispiel, wenn die Düngung anliegt, aber der optimale Zeitpunkt für die Pflanze verpasst ist, weil drei Tage gewartet werden muss. Mit anderen Worten: Es geht nur, wenn wir selbst Abstriche in unserem persönlichen und beruflichen Leben machen und natürlich auf die Unterstützung unserer Familien setzen. Kommen wir nun zur Frage, wie das zeitlich noch mehr unterstützt werden kann. Ich habe eben schon einmal die Befreiungsmöglichkeiten angesprochen. Eine Möglichkeit wäre, auch andere Engagierte im Bereich Schule, Ausbildung oder Studium zu entlasten, indem man dieses Engagement zum Beispiel im Bereich Rente oder BAföG-Zeiten anerkennt. Das heißt, die Leistungen, bei denen Abstriche gemacht werden, werden bei den eigentlichen Vorteilen des jungen Lebens zeitlich hintenangestellt. Das wäre das eine. Zweitens stellen wir fest, dass der zeitliche Aufwand das



eine ist, aber wir brauchen auch finanzielle Ressourcen, zum Beispiel für Fahrtkosten, die aktuell für uns besonders hoch sind, für Verpflegungskosten oder auch für Übernachtungskosten. Man darf nicht vergessen, wie oft wir übernachten müssen, weil die Wege durch Deutschland weit sind. Die Zeit, die wir aufwenden, muss also insofern unterstützt und bezahlt werden, wenn wir unterwegs sind, zum Beispiel in Form von Fahrtkosten, Unterkunft und Verpflegung. Wenn wir dafür eine Förderung erhalten könnten, wäre das sehr hilfreich. Grundsätzlich haben wir es sehr begrüßt, dass die Ehrenamts- und die Übungsleiterpauschale angehoben werden, unabhängig davon, ob es uns als Bundesvorstand betrifft oder die Ehrenamtlichen vor Ort. Es ist viel wert, dass man das steuerlich geltend machen kann. Das sind im ersten Moment die Dinge, die mir einfallen würden, um Zeit zu sparen. Einen Punkt habe ich noch vergessen: Bürokratische Auflagen sind definitiv ein Problem. Wenn wir Fahrtkosten einreichen, ist das sehr kompliziert. Wenn unsere Geschäftsstellen Veranstaltungen organisieren und Fördergelder abrufen, ist das kostet das unglaublich viel Zeit und ist mühsam. Oder wenn ich daran denke, dass wir unsere ganzen Dokumente ausdrucken und per Hand unterschreiben müssen, damit sie dokumentenecht sind. Da wäre im Bereich Digitalisierung noch einiges voranzubringen.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Noch eine Nachfrage. Jetzt gehe ich mal runter an die Basis. Die Ortsgruppe der Landjugend stellt am 1. Mai wieder den Baum auf und hat dabei mit riesigen bürokratischen Hemmnissen zu kämpfen. Man muss heutzutage Sicherheitskonzepte vorlegen. Wie wirkt sich das auf eure Arbeit aus?

Lars Ruschmeyer (BDL): Maibaum- beziehungsweise Sicherheitskonzepte sind ein enormes Problem. Ich lebe in Niedersachsen. Ich weiß nicht, wer hier noch Niedersachse ist. Wir haben eine sogenannte Scheunen-Feten-Verordnung. Das heißt, es ist eigentlich gar nicht mehr möglich, in Scheunen Feten zu feiern. Ich sehe hier leichtes Gelächter, aber das ist ein ernsthaftes Problem – nicht nur für die Landjugend. Das Problem besteht darin, dass entweder Räume in der erforderlichen Größe nicht zur Verfügung stehen oder aber die Miete in Gasthäusern zu teuer ist beziehungsweise die Gasthäuser vielleicht gar nicht mehr existieren. Das heißt, diese Räume, die seit Jahren genutzt

wurden, sind plötzlich nicht mehr nutzbar, weil man auch für Scheunen eine neue Baugenehmigung und ein Brandschutzkonzept braucht. Und da stehen wir dann vor juristischen oder finanziellen Herausforderungen, die schlicht nicht zu leisten und zu lösen sind. Wir versuchen, das im ehrenamtlich-kooperativen Sinne zu lösen, indem wir beispielsweise die Freiwillige Feuerwehr mit einbeziehen, um eine Art Brandwache zu organisieren. Aber das ist nicht immer rechtlich anerkannt. Das ist nur ein Beispiel, um solche Probleme vor Ort zu beschreiben. Ein weiterer Punkt, bei dem es häufig zu Problemen kommt, ist die GEMA. Das Urheberrecht ist ein Riesending. Selbstverständlich gestehen wir allen Künstlerinnen und Künstlern ihre Rechte und Pauschalen zu. Es ist allerdings eine große Herausforderung, das für unsere Veranstaltungen stets richtig zu benennen, zu verorten und zu beantragen, um auf der rechtlich sicheren Seite zu sein.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Herr Ruschmeyer, nur ganz schnell noch an Sie: Wir haben unterschiedliche Zeitbudgets pro Fraktion und es kann vorkommen, dass mehrere angesprochen werden. Bitte achten Sie immer auch darauf, dass andere noch zu Wort kommen können. Ich sage das, weil Sie vorhin noch nicht da waren. Jetzt ist die AfD-Fraktion dran, Herr Schieske hat das Wort.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Danke, Frau Vorsitzende. Zunächst möchte ich mich ausdrücklich bei allen Sachverständigen für ihre Stellungnahmen bedanken. Sie liefern wichtige und tiefe Einblicke in Ihre Arbeit, vor allem in das Ehrenamt. Mein Dank gilt allen Ehrenamtlichen, die sich in unserem Land für ihre Heimat stark machen. Wenn man Ihre Stellungnahmen nebeneinanderlegt, ergibt sich ein bemerkenswert einheitliches Bild. Es fehlt nicht an Engagementbereitschaft, sondern an funktionierenden Rahmenbedingungen. Häufig genannte Probleme sind wachsende Bürokratie, unzureichende Infrastruktur, Überlastung, weniger Engagierte und überlastete Förderstrukturen, die häufig an der Praxis vorbeigehen. Deshalb meine Frage an Sie, Frau Diekmann und Herr Ruschmeyer: Sie hatten bereits einige Beispiele angedeutet, wie man Bürokratie eventuell abbauen könnte. Frau Dr. Kleiner und Frau Seifert, Sie kommen aus der Praxis. Könnten Sie uns konkrete Beispiele nennen, wie die Politik Ihre Probleme in Sachen Bürokratie



bearbeiten oder Ihnen zumindest entgegenkommen könnte?

Die **Vorsitzende**: Wer möchte zuerst? Frau Seifert.

Susann Seifert (Erlebe was geht gGmbH): Ich fange gerne an. Genau das ist ein großer Kern der Probleme und Belastungen vor Ort. Ein Beispiel ist das Förderprogramm Aller.Land. Wir haben alle sechs Wochen Abruffristen. Das heißt, wir planen unsere Projekte immer im Sechs-Wochen-Schritt. Wir rufen Mittel ab und müssen das wiederum an die Ehrenamtlichen weitergeben. Diese müssen wiederum im Sechs-Wochen-Takt planen. Vielleicht wären acht Wochen besser, weil dann sind es wenigstens volle Monate. Denn da geht es auch um Mieten und Löhne, die monatlich fällig werden. Verwaltungskostenpauschalen sind eine große Unterstützung, weil die Menschen gewillt sind, diese Mittel für das Projekt auszugeben. Vielleicht könnte man die Verwaltungskostenpauschalen erhöhen. Ich habe auch schon einmal den Begriff „Gemeinwohlkostenpauschalen“ gehört. Das klingt ziemlich gut und passend. Was Herr Ruschmeyer vorhin sagte, nämlich dass Ausdrucken und die ganzen Listen in Papierform und dann das Ganze nochmal digital hinterher, ist auch ein Punkt, der unnötigen Aufwand verursacht. Ich denke, die Digitalisierung bietet hier viele Lösungen. Natürlich müssen die Menschen vor Ort auch mitgenommen werden. Ich habe kürzlich einen Verein dabei begleitet, eine Bund-ID einzurichten. Das hat zwei Stunden gedauert. Die Ehrenamtlichen waren danach völlig erschöpft. Auch hier sollte eine Struktur zur Unterstützung bereitgestellt werden.

PD Dr. habil. Tuuli-Marja Kleiner (Thünen-Institut): Danke schön. Vielen Dank für die Frage. Ich komme zwar nicht aus der Praxis, kann aber sagen, was der Bund machen kann. Im Prinzip muss er Unterstützungsstrukturen stärken, Förderstrukturen langfristig anlegen und die Vernetzung fördern. Das heißt, er muss die freiwilligen Agenturen oder auch die kommunalen Koordinationsstellen unterstützen, zum Beispiel über Förderprogramme oder eine Kofinanzierung der Kommunen. Hier vor Ort ist es zum Beispiel wichtig, dass es Ansprechstrukturen gibt. Wir hatten konkret ein Projekt zum Nachwuchsmangel im Engagement in ländlichen Räumen. Dabei hat sich gezeigt: Überall, wo es Ansprechstrukturen gab, also eine One-Stop-Politik vor Ort, hat es gut funktioniert. Wo es diese Strukturen nicht gab, waren die Jugendlichen

völlig überfordert. Zweitens müssen Förderstrukturen langfristiger angelegt werden. Das haben Sie heute schon mehrfach gehört, das muss ich eigentlich nicht wiederholen: diese Projektitis. Wie kann der Bund dazu beitragen, den Aufbau tragfähiger Strukturen zu sichern? Ein Ansatz wäre das BULEplus-Projekt, bei dem die Projekte länger als nur ein Jahr laufen und finanzielle Sicherheiten geschaffen werden. Der dritte Punkt wäre, dass Engagierte, vor allem junge Menschen, Beratung, Qualifizierung, Vernetzung, Weiterbildung und Wissenstransfer zwischen den Organisationen und Regionen brauchen. Hier sehe ich die DSEE in der Verantwortung, die bereits viel leistet, aber das kann man noch weiter ausbauen. Auch das BBE leistet bereits viel im Bereich Vernetzung und Wissenstransfer. Speziell für die ländlichen Räume, weil das heute das Thema ist, sollte die öffentliche Infrastruktur noch einmal gestärkt werden. Das möchte ich an dieser Stelle betonen. Den Kommunen fehlen die finanziellen Mittel, um Engagementstrukturen vernünftig aufzubauen und zu unterstützen. Das ist ein Punkt, den man bedenken sollte, wenn man über gleichwertige Lebensverhältnisse spricht. Danke schön.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Eine Frage an die Bundesregierung: Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der immer schlechter werdenden Infrastruktur und mangelnder Ausstattung im ländlichen Raum einerseits und dem Rückgang ehrenamtlichen Engagements andererseits? Welche Schlussfolgerungen würde sie daraus ziehen? Wir haben gerade gehört, dass die Förderstruktur nicht optimal ist.

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Herr Schieske, diese Frage ist sehr allgemein formuliert. Es sind viele Punkte in dieser Frage enthalten, zu denen ich sagen würde, dass wir an vielen Stellen bereits unglaublich viel machen, beispielsweise mit Förderprogrammen. Ich finde dieses Thema sehr gut. Ich bin dankbar für diese wichtigen Impulse, denn ich erachte es tatsächlich als eine der wichtigsten Aufgaben, die ehrenamtlichen Strukturen in ländlichen Räumen zu stärken. Die von Ihnen angesprochenen Punkte sind genau die Punkte, mit denen ich mich in meiner Arbeit bereits vielfach befasst habe. Gerade das Thema, wie wir Kommunen vor Ort stärken können, um das Ehrenamt noch weiter zu vernetzen, ist sehr wichtig. Denn auch die Frage der Ehrenamtlichen im ländlichen Raum



ist: An wen können wir uns wenden? Es gibt mancherorts Strukturen, die sind ressourcenstärker. Artur Auernhammer hat vorhin gesagt, dass es in den ländlichen Räumen ganz gut funktioniert. Im Osten sehe ich eher das von Frau Seifert geschilderte Thema. Wir haben einen starken demografischen Wandel, viele sehr ländliche Strukturen und viele Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, leisten doppelt so viel. Sie sind nicht nur in der Freiwilligen Feuerwehr, sondern auch im Karnevalsverein oder im Heimatverein. Sie übernehmen sehr viele Aufgaben. Es wird viel Ehrenamt auf wenigen Schultern getragen, wie Sie selbst gesagt haben. Und deswegen finde ich, dass die Frage lautet: Wie können wir in der Situation, in der die Haushalte trotzdem begrenzt sind, das, was wir investieren, optimieren? Wir stärken die DSEE mit 30 Millionen Euro im Jahr. Es steht ein großes Budget zur Verfügung, das klar im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankert ist. Wie können wir das, was wir investieren, zielgerichtet anwenden, um genau diesen Punkt zu erreichen? Das hat auch etwas mit Stabilisierung und Demokratie zu tun, mit Akteuren, die das Land und ihre Heimat positiv gestalten. Und da, das ist nur dieser eine Punkt, wo gehen wir inhaltlich hin? Ich finde es deswegen ganz entscheidend, auch vom Thema her, zu sagen, dass wir uns auf ländliche Strukturen konzentrieren, gerade auch dort, wo der demografische Wandel besonders stark ist, und zu schauen, wie wir Strukturen vor Ort weiter stärken können. Das andere ist die Frage der Entlastung. Ein Beispiel hierfür ist der Zukunftspakt Ehrenamt und das Steueränderungsgesetz, mit denen wir bereits einen großen Schritt gegangen sind. Es wurden bereits Pauschalen genannt, aber das ist nicht das Einzige. Wenn man dieses Jahr die Steuererklärung macht, wird man feststellen, dass manche Dinge einfacher sind, was die Aufteilung der Mittel und die zeitnahe Mittelverwendung anbelangt. Da sind wir schon einen Schritt gegangen. Wir sind jetzt an dem Punkt, weiterzugehen. Deswegen haben wir auch verschiedene Formate, in denen wir zusammenkommen und diskutieren, wie wir weiter entlasten können. Ein Stichwort ist die GEMA. Da gehen wir den Weg, dass wir mit den Ländern gemeinsam schauen, wo weitere Pauschalverträge abgeschlossen werden können, weil das ein großes Thema ist. Wenn wir über Entlastung im Ehrenamt sprechen, Stichwort Veranstaltungen, spielt das Thema GEMA eine

große Rolle. Und dort haben einige Bundesländer bereits diese Pauschalverträge abgeschlossen: Niedersachsen, Thüringen, Bayern, das Saarland und Hessen. Das sah vor einem Jahr noch anders aus. Das ist ein weiterer Prozess, der in Gang gesetzt wurde. Es ist zum Beispiel gut, dass die Länder dies eigenständig übernehmen, weil jedes Bundesland eine eigene Struktur hat. So kann zielgerichtet angepasst werden, welche Wünsche besonders berücksichtigt werden sollen. Das ist ein Weg, den wir gemeinsam mit der GEMA gehen, um zu einer weiteren Entlastung zu kommen. Ein wesentlicher Punkt zur Unterstützung von ehrenamtlichen Strukturen ist nämlich das Thema Bürokratieentlastung. Ich sehe das auch unter dem Aspekt der Staatsmodernisierung. Deswegen haben wir uns verschiedene Projekte mit dem BMDS angeschaut oder Maßnahmen, die dort schon auf den Weg gebracht wurden und dem Ehrenamt zugutekommen. Ein Beispiel ist, dass, wenn man seine Daten einmal im Finanzamt abgegeben hat, diese dann vorhanden sind und eigentlich nur weitergegeben werden müssen. Das hat vor allem mit Digitalisierung zu tun und soll letztlich auch beim Ehrenamt ankommen. Wir haben viele Förderprogramme wie „Engagierte Stadt“, wir unterstützen die Bürgerstiftung und den „Neulandgewinnen e.V.“. Das sind verschiedene Maßnahmen, die wir im Rahmen der DSEE, aber auch über andere Fördermaßnahmen, angehen. Es sind viele verschiedene Bausteine. Am Ende sehe ich aber, dass wir die ländlichen Räume und die Ehrenamtlichen besonders unterstützen müssen. Dafür wurden viele gute Punkte genannt.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie derzeit als am effektivsten an, um kurzfristig das Ehrenamt zu entlasten? Und wie messen Sie Ihren Erfolg bei dieser Maßnahme?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Kurzfristig muss es nachhaltig sein, es muss ankommen und tatsächlich am Ende zu einer Unterstützung beitragen. All das, was wir im Bereich des Steueränderungsgesetzes gemacht haben, sind bereits Maßnahmen. Darüber hinaus halte ich die Bundesfreiwilligenagenturen tatsächlich für ein sehr wichtiges Instrument. Wir haben die DSEE, die uns klar unterstützt. Wir haben das BWE, aber auch die Bundesfreiwilligenagenturen sind sehr wichtige Unterstützer, weil sie Ehrenamtliche vernetzen und weil sie vor Ort aktiv sind. Und wir sehen anhand



der Nachfrage, wie gut das ankommt. Wir haben beispielsweise auch die Evaluierung der DSEE durchgeführt. Das sind alle Maßnahmen, die Ergebnisse produzieren und zeigen, wo noch mehr nachgesteuert werden kann. Das findet statt.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Jetzt nicht wundern, ich wechsele einmal den Hut und darf die Fragen für die SPD-Fraktion stellen. Deshalb gebe ich mir das Wort. Ich möchte Ihnen allen auch in dieser Rolle herzlich für Ihren Einsatz und Ihr großes Engagement danken. Ich komme aus Hamburg. Das ist, wie Artur Auerhammer und ich immer feststellen, ein wenig ländlicher Raum. Es ist zwar eine Großstadt, aber es gibt auch Parallelen. Stichworte wie Einsamkeit etc. sind auch vorhanden und haben natürlich Parallelen zum ehrenamtlichen Engagement. Wie hole ich die Leute überhaupt ab? Wie spreche ich sie an? Wie finde ich sie? Das mag im ländlichen Raum manchmal einfacher sein, weil man dort ein bisschen mehr Nachbarschaft hat. Ich möchte Sie aber noch mal direkt zu den Dingen fragen, die Sie gerade gesagt haben. Frau Seifert, Sie sprachen von der Unterstützung durch Stiftungen und andere. Wir hören gerade, dass es im Osten mitunter begrenzt ist, welche Hilfen man bekommen kann. Können Sie noch einmal sagen, ob Sie dieses Potenzial schon ausschöpfen? Oder sagen Sie, dass möglicherweise nicht alle wissen, dass man dort aktiv werden und Mittel abrufen kann? Gibt dazu die Deutsche Stiftung Engagement und Ehrenamt als Ansprechpartner? Oder ist das zu weit weg? Gibt es diese Brücken, die sich bis zu Ihnen bauen, oder die Sie selbst bauen? Oder sagen Sie, das ist eine zwar tolle Sache, aber wir sind nicht so richtig verknüpft damit. Könnten Sie uns da einen kleinen Einblick geben?

Susann Seifert (Erlebe was geht gGmbH): Stiftungen spielen für uns eine große Rolle, um Lösungen für Herausforderungen in unserer Region zu entwickeln. Einerseits ermöglichen sie hauptamtlich getragenes Engagement, andererseits bilden sie eine Struktur, die für andere hilfreich ist. Wir erleben, dass es unter den Engagierten durchaus noch eine große Wissenslücke gibt. Wie finde ich eine passende Stiftung? Wie spreche ich eine Stiftung an? Gleichzeitig gibt es noch nicht so viele Stiftungen, die sich in Ostdeutschland engagieren. Es werden jetzt mehr, die Kinnings Foundation zum Beispiel macht hier gerade richtig Power in Ostdeutschland und gewinnt auch andere

Stiftungen wie die Schöpflin-Stiftung, die Strategien für Ostdeutschland entwickeln und uns unterstützen. Hier wünsche ich mir auch von der Bundespolitik, dass aus den Ergebnissen, die dadurch entstehen, gelernt wird. Wir arbeiten alle wirkungsorientiert und messen, ob das, was wir tun, wirkt. Dieses Wissen sollte dann in dauerhafte Strukturen überführt werden. Denn ich bin mir sicher, dass der Bund dadurch viel Geld sparen würde. Wenn man immer wieder alles neu entwickelt, muss man jedes Mal von vorne anfangen. Wir haben Ansätze, die funktionieren. Wenn diese länger wirken könnten, wäre das schön. Ich sehe da die Stiftungen, die sagen: „Wir erproben soziale Innovation“ oder „Wie kann man das mit Menschen machen?“ Die Schöpflin- und die Kinnings-Foundation haben einen Flow-Fund für junge Menschen. Die jungen Menschen bekommen ein Budget und Informationen zum Thema Geld, zum Beispiel wie das Verhältnis von Geld und Macht ist. Dann dürfen sie eine eigene Förderstrategie entwickeln und diese Mittel in ihrer Region ausreichen. So wird einerseits Engagement aktiviert und andererseits werden konkrete Probleme vor Ort gelöst. Danach wäre der Bund dran, zu sagen: „Gut, wir haben jetzt erfolgreiche Wirkungsberichte und setzen das in großen Stil um.“

Die **Vorsitzende**: Okay, wenn ich an dieser Stelle kurz unterbreche: Ich würde gerne noch eine Frage an Herrn Ruschmeyer richten. Sie beschrieben eben, dass Sie auch mit anderen konkurrieren, die ebenfalls gerne Jugendliche für ihre Ideen gewinnen möchten, manchmal vielleicht auch für ganz andere Ideen. Wie schaffen Sie das mit der Vernetzung? Wie gehen Sie vor und wo sagen Sie sich möglicherweise, dass noch Unterstützung gebrauchen könnte?

Lars Ruschmeyer (BDL): Was uns zum Erfolg verhilft, ist vor allem unsere lange Tradition. Auf dem Land, wo es häufig familiär zugeht, haben schon unsere Eltern und Großeltern in der Landjugend mitgewirkt. Man bekommt diesen Spirit also von Anfang an mit: Engagiere dich im Ehrenamt! Das beginnt in den Jugendjahren mit der Landjugend und entwickelt sich zum Beispiel zu den Feuerwehren, kulturellen Vereinen oder Ähnlichem vor Ort weiter. Das ist ein wichtiger Faktor. Ist die Redezeit um?

Die **Vorsitzende**: Eigentlich ja. Sie können aber noch schnell einen Satz dranhängen.



Lars Ruschmeyer (BDL): Dann nutze ich noch zehn Sekunden. Derzeit stehen viele Verbände, nicht nur die Landjugend, vor Herausforderungen. Einerseits ist es positiv, dass Ganztagschulen weiter ausgebaut werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Gleichzeitig bleibt den Kindern nach dem Unterricht wenig Zeit für Vereine und Verbände, da die Abendstunden wegfallen. In der Stadt können die Kinder zum Sportplatz mit dem Fahrrad, zu Fuß oder mit Bus und Bahn fahren, im ländlichen Raum ist das schwieriger. Im ländlichen Raum konzentriert sich dadurch alles aufs Wochenende. Alle stürzen sich auf die Kinder und Jugendlichen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Das muss ich jetzt auch den anderen zugestehen. Bündnis 90/Die Grünen ist dran. Bitte sehr, Frau Abg. Dr. Ophelia Nick.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich freue mich sehr, dass wir dieses Thema heute behandeln, und bedanke mich natürlich bei allen, die sich ehrenamtlich engagieren. Frau Seifert, Sie haben das schön in Ihrem Bericht gesagt: Hier wird Selbstwirksamkeit erlebt. Man bekommt auch etwas zurück, wenn man sich engagiert, und man erkennt, wie wichtig das für die Gesellschaft ist. Ich bin im Agrarausschuss Sprecherin der Grünen für Landwirtschaftspolitik. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei den Landfrauen und der Landjugend bedanken. Es ist beeindruckend, was sie leisten, und ich finde es großartig, wie ernst sie die Demokratie nehmen. Und trotzdem ist es nicht selbstverständlich, dass wir das Ehrenamt haben, wenn wir uns hier intensiv damit beschäftigen und die dicken Stapel der Berichte lesen. Das haben Sie, Frau Kleiner, auch gut ausgeführt. Deswegen meine Frage an Sie. Sie sagten, die Situation vor Ort sei nicht immer so demokratisch, wie es uns erscheint. Was können die Verbände Ihrer Meinung nach tun, um diese Strukturen aufrechtzuerhalten?

PD Dr. habil. Tuuli-Marja Kleiner (Thünen-Institut): Vielen Dank für die Frage. Vielleicht kurz zur Einführung: Warum geht es nicht so demokratisch zu? Mir geht es nicht darum, das Engagement hier schlechtzumachen, überhaupt nicht. Es geht mir vielmehr darum, differenziert darauf zu schauen und das Engagement vor Überforderung zu schützen. Ungleichheit und hierarchische Strukturen sind weder für das Engagement noch für die

Demokratie förderlich. Was können Verbände konkret machen? Kurz gesagt können sie Inklusion erhöhen und demokratische Strukturen stärken. Das heißt, sie müssen Zugänge öffnen und eine gezielte Ansprache betreiben, anstatt nur Offenheit zu demonstrieren. Wenn ich mit meinen Projekten in ländliche Räume gehe, höre ich immer wieder den Satz: „Bei uns kann jeder mitmachen.“ Es gibt jedoch wenig Bewusstsein dafür, dass es auch sehr viele Hemmnisse für unterrepräsentierte Gruppen gibt. Man muss gezielt auf die Menschen zugehen und darf nicht einfach nur sagen: „Hier kann jeder herkommen und mitmachen.“ Machtstrukturen müssen geöffnet werden, das heißt, es braucht Vielfalt in den Vorständen. Zudem muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass hier vielleicht Vielfalt fehlt oder in zu geringem Maße vorhanden ist. Die Mitsprache sollte gestärkt werden, das heißt, nicht nur der Vorstand sollte Dinge bestimmen dürfen, sondern auch die Engagierten. In dem Fall, den ich vor Augen habe, sind es Jugendliche, die oft keine Lust mehr haben, wenn sie in hierarchischen Strukturen sind und über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Sie hören eventuell sogar wieder auf, denn die Jugend von heute will sich nicht mehr von oben runterbestimmen lassen. Es braucht ein Bewusstsein für diese Selektionsmechanismen.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, das ist wichtig, weil genau das ein Anliegen vieler demokratischer Strukturen ist und es nicht unbedingt selbstverständlich ist. Ich würde meine Fragen jetzt an die Bundesregierung richten. LidA ist ein Programm, das auch im Agrarausschuss viel behandelt wird, aber es ist finanziell nicht unbedingt gesichert. Da Sie, Frau Schenderlein, gesagt haben, dass Gelder knapp sind, möchte ich die Frage an Sie oder an Frau Englhardt-Kopf richten: Inwieweit bemühen Sie sich, dass diese Gelder erhalten bleiben?

PStSin Martina Englhardt-Kopf (BMLEH): Ganz herzlichen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Vertreterinnen und Vertreter aus den unterschiedlichsten Verbänden, auch ich danke zunächst aus Sicht des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat für Ihre Beiträge und Ihr großes Engagement. An dieser Stelle herzlichen Dank auch im Auftrag des Ministers Alois Rainer.



Wir haben über das Thünen-Institut und Sie, Frau Kleiner, eine enge Verbindung. Ihr Projekt, Frau Seifert, das Sie heute mit vorgestellt haben und das sehr wertvoll ist, wird über unser Haus gefördert, nämlich über die Erlebe was geht gGmbH. Wir sehen, was bewirkt werden kann, aber auch, wie notwendig Förderung und Unterstützung sind. Gerade in diesen Bereichen kommt das Thema GAK ins Spiel – gerade auch mit Blick auf den mehrjährigen Finanzrahmen auf europäischer Ebene und die Gelder, die neu verhandelt werden für den neuen Förderzeitraum. Hier setzen wir uns sehr für die Mittel für ländliche Räume ein, von denen auch LidA-Projekte und Mittel für die Dorferneuerung profitieren. Damit wird auch das ehrenamtliche Engagement in ländlichen Räumen gestärkt. Das liegt uns sehr am Herzen. Aktuell sind auf europäischer Ebene nur zehn Prozent der Mittel in Form von regionalen Partnerschaftsplänen gesichert, die dann national umgesetzt werden sollen. Wir brauchen hier mehr. Wir brauchen eine Stärkung, damit wir über diese GAK-Mittel, die über Bund und Länder finanziert werden, eine höhere Wirkung in der Fläche erzielen können. Für die Zukunft gibt es längst einige Beispiele, wo dies sinnvoll ist: Angesprochen wurden Gemeinschaftsräume vor Ort, damit man in dörflichen Strukturen Treffpunkte für das Ehrenamt und unterschiedliche Angebote hat. Das Ehrenamt unterscheidet sich sehr zwischen Stadt und Land. All das wurde heute angesprochen, damit wir generationenübergreifende Treffpunkte gemeinsam mit den Kommunen fördern und unterstützen können. Es gibt viele gelebte Praxisbeispiele und wir werden uns frühzeitig in die einbringen, um diese Mittel gemeinsam mit den Ländern zu erhalten. Wie bereits erwähnt, geht es hier auch um eine Kofinanzierung von Bund und Land, um diese Stärken zu fördern. Es gibt viele weitere Projekte, die uns darüber hinaus am Herzen liegen. BULEplus wurde heute schon angesprochen, ebenso die Mittel und die eigenen Förderprogramme unseres Hauses, weshalb das Ministerium die Bezeichnung Heimat trägt. Heimat und gleichwertige Lebensverhältnisse sind wichtig, auch wenn wir die Gegebenheiten heute häufig anders vorfinden. Das kam heute hier sehr gut zum Ausdruck. Wir müssen jeden Tag daran arbeiten, besser zu werden. Ressortübergreifend ist das eine entscheidende Aufgabe. Mit Blick auf Ihre Frage, sehr geehrte Frau Dr. Nick, sind diese Mittel sehr

wichtig für die Stärkung der ländlichen Räume und insbesondere des gelebten ehrenamtlichen Engagements. Das läuft, wie Auswertungen oder Programme unseres Hauses gezeigt haben, häufig in Kombination mit Hauptamt und vorhandenen Strukturen sehr gut. Wir hatten bereits darüber gesprochen, dass es häufig wenig Hauptamt und viel Ehrenamt gibt, wenn es um Bevölkerungs-, Katastrophenschutz, Feuerwehr und Politik geht, die ehrenamtlich durch Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte geleistet wird. Es liegt uns daher sehr am Herzen, das Zusammenwirken zu festigen und zu unterstützen. Gerne können Sie ergänzen, Frau Staatsministerin Dr. Schenderlein. Das war ein kurzer Auszug zum Sachstand in unserem Haus. Herzlichen Dank.

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Ich denke, es war vollständig.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. Was wir aus den Berichten gelernt haben, ist, dass Ehrenamt Strukturen braucht, aber eben auch Räumlichkeiten. Es gab ein Projekt, eine Förderrichtlinie „Gemeinsam gegen Leerstand“, die ist jetzt weggefallen. Gibt es dazu schon Ideen oder können Sie uns diese vielleicht nachreichen, damit es weiterhin Finanzmittel gibt, um diese Räume und Strukturen zu schaffen?

PStSin **Martina Enghardt-Kopf** (BMLEH): Wir haben nicht nur die Mittel, die jetzt an das Ministerium für Wohnen und Bauen übertragen wurden. Ich meine, Sie sprechen gerade von diesem Programm. Das müssen wir noch genauer ausführen. Wir wollen die Mittel in unserem Haus zusammenziehen und fördern natürlich auch das Thema „Räume schaffen“, indem wir über die GAK und die Bund-Länder-Förderung Gemeinschaftsräume schaffen, die von vielen Vereinen und Ehrenamtlichen genutzt werden können. Oft geht es auch darum, Angebote machen zu können, zum Beispiel Mutter-Kind-Gruppen, wenn es keine Räume gibt, oder Kinder- und Jugendarbeit und vieles mehr. Das steht und fällt mit Räumlichkeiten, die die Kommunen häufig nicht als freiwillige Leistung erbringen können, da sie finanziell stark unter Druck stehen. Wir möchten uns hier auf die Vergabe in unserem Haus konzentrieren. Ein weiterer Punkt ist das Thema Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Wir beteiligen uns mit 10 Millionen Euro, damit wir hier ebenfalls einen Fokus auf Begegnungsmöglichkeiten legen und



diese schaffen können. Das ist entscheidend vor Ort, um Menschen einbinden zu können. Das ist gelebte Demokratie, wenn Menschen zusammenkommen und Begegnungsprojekte ins Leben gerufen werden, um alle Generationen mitzunehmen. Herzlichen Dank.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. Jetzt habe ich nicht mehr viele Sekunden. Es sind oft wirklich kleine Beträge, aus denen Menschen viel machen. Und dass wir diese erhalten, ist bei allem, was knapp ist, extrem wichtig. Das ist, glaube ich, ein wichtiger Ansatz.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Eißing, bitte.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Vielen Dank auch für Ihr Engagement. Ich habe eine Frage an Frau Seifert. Frau Seifert, Sie sagen, Ehrenamt scheitert selten an Ideen, aber häufig an Prozessen. Haben Sie Beispiele, wo staatliche Bürokratie Engagement verhindert oder gar zunichte gemacht hat? Und was hat das mit den Menschen vor Ort gemacht? Wenn Sie mir bei Ihrer Antwort am Ende noch 20 Sekunden für die Regierung lassen würden.

Susann Seifert (Erlebe was geht gGmbH): Jetzt habe ich die Zeit im Blick. Wir erleben oft, dass Ideen an Prozessen scheitern. Ein Beispiel ist die vorläufige Haushaltsführung, bei der Bescheide nicht erlassen werden und die Zeiträume überbrückt werden müssen, aber die Vereine und Organisationen nicht über die nötigen Mittel verfügen, um das Personal oder die Mieten zu bezahlen. Das ist ein großes Problem. In Altenburg hat es dazu geführt, dass ein Verein, der Hausaufgabenhilfe und Integrationsunterstützung angeboten hat und eine wichtige Anlaufstelle war, schließen musste. Ein weiteres Beispiel sind die Freiwilligen Feuerwehren. Wir erleben vor Ort, dass die Bedingungen nicht mehr stimmen, die Feuerwehrdienstvorschriften nicht mehr eingehalten werden können und die Feuerwehrleute sagen: „Wenn wir nicht die nötigen Einsatzbedingungen haben, dann lösen wir unsere Freiwillige Feuerwehr auf.“ Und das finde ich einen wichtigen Punkt. Vorhin hatten wir das Thema LiDA. Wir selbst haben davon abgesehen und dafür zu bewerben, weil es mit diesen drei Angeboten häufig schwer ist, alles unter einen Hut zu bringen. Organisationen, die über die entsprechenden Strukturen verfügen, schaffen das, aber Vereine, die vielleicht auch davon profitieren

würden, aber nicht über die nötigen hauptamtlichen Ressourcen verfügen, haben oft gar keine Möglichkeit, diese Dinge zu beantragen.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Vielen Dank. Die nächste Frage geht an Frau Schenderlein. Sie haben soeben gesagt, der ländliche Raum müsse besonders gestärkt werden. Frau Seifert aus dem Altenburger Land hat beschrieben, dass der Weg zum Ehrenamt schon am fehlenden Nahverkehr scheitert. Mobilität ist Engagementpolitik. Wie denkt die Bundesregierung darüber? Läuft das in getrennten Zuständigkeiten aneinander vorbei oder wird das zusammen gedacht?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Vielen Dank für Ihre Frage, Frau Abgeordnete. Ich habe diesen Mobilitätspunkt ehrlich gesagt jetzt gar nicht so herausgehört.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Wenn Leute zum Ehrenamt fahren wollen, müssen sie irgendwie von A nach B kommen. Gibt es vielleicht eine Ehrenamtskarte, mit der sie kostenfrei Bus fahren können? Beispielsweise.

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Grundsätzlich ist das Thema Mobilität ein wichtiges. Wir haben deswegen auch das Thema Anträge, das von Herrn Ruschmeyer angesprochen wurde. Fahrtkosten kann man steuerlich geltend machen. Die Frage ging um Mobilität, da zählt das Auto durchaus mit dazu. Das kann man für die gesamte Fahrtstrecke machen, weil das oftmals mit der Pendlerpauschale verglichen wird, die nur für eine Strecke geltend gemacht werden kann. Insofern ist es ein wichtiger Punkt, dass man die Fahrtkosten steuerlich geltend machen kann. Wir haben das Thema Ehrenamtspauschale, die Aufwendungen ausgleichen soll. Auch da können solche Kosten geltend gemacht werden. Darüberhinausgehende Maßnahmen sind auf jeden Fall auch Aufgabengebiet eines Verkehrsministeriums. Wenn es jedoch Schnittstellen zum Thema Ehrenamt gibt, sind wir mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Ministerien in einem sehr guten kollegialen Austausch und arbeiten im Rahmen unserer Maßnahmen, die wir im Koalitionsvertrag umsetzen wollen, eng mit allen anderen Ministerien zusammen.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Vielen Dank. Im Kern fordern alle drei Sachverständigen dasselbe, Frau Schenderlein. Langfristige anstelle kurzfristi-



ger Förderung, weniger Bürokratie, mehr Verlässlichkeit. Das hören wir schon seit Jahren. Was ist der konkrete Plan der Bundesregierung? Das Programm „Aller.Land“, das Frau Seifert als positives Beispiel nennt, ist befristet. Was passiert danach mit den aufgebauten Strukturen? Gibt es einen Plan zur Verstetigung, oder fangen wir in fünf Jahren wieder von vorne an?

StMin Dr. Christiane Schenderlein (BKAm): Wir sind alle gemeinsam als Bundestagsabgeordnete der Haushaltsgesetzgeber. Und Sie wissen, dass der Bundeshaushalt jedes Jahr neu beschlossen wird und dass jedes Mal erneut dafür gekämpft werden muss, dass die Projekte, die wir für richtig befinden und die auch von den Koalitionsfraktionen als wichtig erachtet werden, entsprechend eine Fortsetzung bekommen. Projekte müssen immer dieser Maßgabe standhalten: Wirken sie? Sind sie gut? Sind sie Teil des Koalitionsvertrags? Und danach werden sie bemessen. Und ansonsten bin ich mir der Herausforderungen bewusst. Ich habe Verständnis für Ihr Anliegen, dass es für den Aufbau von Strukturen natürlich ein wichtiger Hebel wäre, wenn man wüsste, dass diese Langfristigkeit da ist. Bei Aller.Land ist es schon herausragend, weil es bereits mehrjährig ist, obwohl wir diese Jährlichkeit in der Haushaltsplanung haben. Dieses Programm hat sogar den Regierungswechsel überstanden. Das ist nicht unbedingt selbstverständlich. Man hätte es auch nicht weiterführen können. Aber alle Akteure haben gesagt, dass es sich um ein Programm handelt, das Wirkung entfaltet, weil hier ländliche Akteure und engagierte Menschen zusammenkommen und gemeinsam Projekte entwickeln. Wir haben hier öffentliche Mittel, mit denen man immer sorgfältig umgehen muss. Der Bundesrechnungshof prüft sehr akribisch, ob alles der guten Ordnung entsprechend vollzogen wird. Und diese Dinge sind eben immer zu berücksichtigen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Dann können wir gleich in eine zweite, sehr verkürzte Runde weitergehen. Wir haben jetzt jeweils drei Minuten. Versuchen Sie deshalb bitte, bei den Antworten kurz und knapp zu sein. Wir starten wieder mit Artur Auernhammer.

Abg. Artur Auernhammer (CDU/GSU): Vielen Dank. Ich möchte noch einmal die LandFrauen-Organisation und die Landjugend-Organisation fragen. Es sind zwei Organisationen mit sehr vielen Mitgliedern, gerade im ländlichen Raum. Ich

glaube, es sind die mitgliedersstärksten Organisationen. Wie sehen Sie die Zukunftsperspektiven, was neue Mitglieder anbelangt, und vor allem die Herausforderung der sozialen Medien? Es wurde bereits angesprochen, dass auch in den sozialen Medien demokratiefeindliche Tendenzen zu beobachten sind. Wie gehen Sie damit in den Verbänden um? Danke schön.

Heidrun Diekmann (dlv): Vielen Dank für die Frage. Wir haben immer noch Mitgliederzuwachs. Das liegt bei den Landfrauen vielleicht tatsächlich auch an dem, was Frau Dr. Kleiner eben gesagt hat: der persönlichen Ansprache. Unsere Auftritte in den sozialen Medien haben wir sehr verstärkt. Wir haben die Vermutung, dass die größere Sichtbarkeit dazu führt, dass sich jüngere Menschen mittlerweile für die Landfrauen interessieren. Das Image, die Landfrauen würden nur Kuchen backen, hat sich zum Glück geändert. Durch die sozialen Medien sieht man, wofür wir stehen und was wir bewegen. Das ist eben das Medium, womit man junge Menschen erreicht. Deswegen ist es gar nicht so schwierig, Nachwuchs zu generieren. Schwieriger ist es, den Nachwuchs zu halten, weil sich da einfach was geändert hat. Wenn ich so in meine Generation gucke, haben wir jetzt eher das Problem, dass wir irgendwann sagen müssen: „Wir haben eine Altersgrenze, jetzt hörst du mal mit der Vorstandsarbeit auf.“ Beim Nachwuchs ist es genau andersrum: Die jungen Leute wollen sich nicht mehr für viele Jahre binden. Sie wollen projektbezogen arbeiten. Da wird es schwierig, das adäquat auf Sicht hinzubekommen. Dafür brauchen wir halt diese Strukturen, wie ich eben angesprochen habe, zum Beispiel Bildungsurlaub oder Rentenpunkte.

Lars Ruschmeyer (BDL) sagt: „Ich bin grundsätzlich recht optimistisch, was die Zukunft der Landjugend und der Mitglieder angeht. Wichtig für uns ist, dass wir eine langfristige strukturelle Förderung haben, damit wir als Bundesverband gute Veranstaltungen und Rahmenbedingungen für die Jugend bieten können. Was wir festgestellt haben: Nach Corona hatten wir einen großen Zuspruch, weil wir merken, dass junge Leute sich engagieren wollen, etwas machen wollen und Erlebnisse wollen. Wer die besten Angebote macht, wird auch mit Mitgliederzahlen weiterhin erfolgreich sein. Ich finde, im ländlichen Raum sind wir das mit unseren Angeboten für junge Leute. Das Thema Social Media ist eine große Herausforderung.“



rung. Im Verband haben wir zum Glück keine größeren oder offiziellen Probleme. Grundsätzlich merken wir, ob in den sozialen Medien oder genauso im echten Leben, dass die Vielfalt des Verbandes verschiedene Meinungen jeglicher Form der Ränder abpuffert. Das heißt, wir puffern uns selbst durch Vielfältigkeit ab. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Wer fragt für die AfD? Herr Schieske.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Danke. Frau Seifert, Sie sagten, Sie evaluieren immer wieder und schauen, welche Projekte gut laufen. Sie haben dafür klare Kriterien. Was ist gut und was nicht so gut? Ist die derzeitige Förderpolitik seitens der Bundesregierung zu stark projektorganisiert? Und geht das eher am Ehrenamt, an den Helfern vorbei, aus Ihrer Sicht?

Susann Seifert (Erlebe was geht gGmbH): Was wir beobachten oder selbst erleben, ist, dass häufig versucht wird, die Aktivitäten in die Förderlogiken hineinzuzwängen. Bund, Land oder Kommune geben vor, was gefördert wird. Auch wenn der Bedarf vor Ort nicht unbedingt gesehen wird, versucht man, sich da reinzupassen und vorhandene Strukturen irgendwie noch mitzufinanzieren. Das ist das, was ich beobachte. Sehr hilfreich wären institutionelle Förderungen, wie sie Herr Ruschmeyer angesprochen hat, zum Beispiel von Verbänden oder Ankerpunkten in den jeweiligen Regionen. So könnte das, was schon aufgebaut wurde, weitergetragen werden und diese Ansprechstrukturen würden erhalten bleiben. Für die Menschen vor Ort wäre es schön, wenn es Budgets gäbe, über die sie selbst entscheiden könnten.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Frau Dr. Kleiner, Frau Seifert, Sie haben zuvor angemerkt, dass sich der Staat aus bestimmten Verantwortungen herausnimmt und diese auf das Ehrenamt abwälzt. Können Sie uns dazu vielleicht genaue Beispiele nennen, Frau Dr. Kleiner?

PD Dr. habil. Tuuli-Marja Kleiner (Thünen-Institut): Für den ländlichen Raum gibt es die Hoffnung, dass die Bürger in Selbstorganisation für die Daseinsvorsorge verantwortlich sein sollen. Das funktioniert nur, wenn der Staat die Bürger dabei unterstützt, wenn sie in Kooperation miteinander arbeiten. Das funktioniert sehr gut bei den freiwilligen Feuerwehren, weil sie hybrid organisiert sind.

In der Pflege funktioniert das weniger gut, weil die Verantwortung dafür den Bürgern auferlegt wird.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir zur SPD-Fraktion. Jürgen Coße.

Abg. **Jürgen Coße** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielleicht gestatten Sie mir zwei Bemerkungen vorab. Wir sind mit Sicherheit das Land auf der Welt mit der stärksten Ehrenamtsstruktur. Nur, dass man das mal so klar gesagt hat: Wo ist die Ausgangssituation? Früher hieß das, wir sind Vereinsmeier-Weltmeister, wenn man das so sagen kann, wobei dieser Begriff damals eher abwertend gemeint war. Durch Ihre Arbeit – Sie sind hier jetzt stellvertretend für viele andere – wird mir klar, wie wichtig all das ist, was Sie leisten. Ich komme selbst aus einer ländlichen Region, und das Ehrenamt ist für unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert. Wenn man sich das genau anguckt, kann man sagen, dass es vielleicht auch das Erfolgsrezept unseres Landes ist, dass wir solche ehrenamtlichen Strukturen haben. Diese müssen wir jetzt tatsächlich veränderten Bedingungen anpassen. Und ich glaube, das ist notwendig. Ich fand das, was ich gerade gehört habe, schon ziemlich gut. Wir müssen es nur umsetzen, da es unterschiedliche zuständige Ebenen gibt. Gerade die Landjugend und die Landfrauen werden auch auf kommunaler Ebene gefördert. Dann gibt es auch Förderungen über die Länder und dann gibt es die Förderung, die bei uns beim Bund ist. Ich glaube, wir als Politik haben die Aufgabe, diese verschiedenen Ebenen besser miteinander zu verzahnen. Ich weiß, dass Sie, Frau Ministerin, sich darum kümmern, denn es kann nicht sein, dass jeder Haushalt unter Druck steht und irgendwo immer etwas weggenommen wird. Das bedeutet für Sie von den örtlichen Strukturen aus gesehen, dass Sie von drei Seiten in die Zange genommen werden. Ich glaube, das ist eine Riesenaufgabe, denn ohne diese ehrenamtliche Struktur bleiben wir kein Wohlstandsland. Das ist meine persönliche Überzeugung. Meine Frage an Sie, Frau Kleiner: Was muss sich ändern, damit sich mehr Leute ehrenamtlich engagieren? Das ist nicht nur ein strukturelles Problem. Meine Erfahrung ist auch: Wer lässt sich denn überhaupt noch darauf ein? Da gibt es ein strukturelles Thema. Da gibt es sicherlich auch formale Aspekte wie Bürokratieabbau. Müssen wir nicht viel mehr dazu übergehen, bereits in der Schule eine Art Ehrenamtsbildung zu etablieren?



PD Dr. habil. Tuuli-Marja Kleiner (Thünen-Institut): „Wenn Sie mich fragen, wie man die Engagierten mehr ins Engagement kriegt und das schon früh, dann kann ich sagen, dass die Frage vielleicht nicht ganz richtiggestellt ist, denn die Motivation ist durchaus da. Die jungen Menschen wollen sich engagieren. Das Problem ist eher, dass es Hürden gibt, die abgebaut werden müssen. Diese Hürden sind eben die Zugänge, die nicht für alle gleich sind. Wie ich bereits gesagt habe, gibt es gerade im ländlichen Raum viele Hemmnisse, insbesondere bei jungen Menschen. Zugezogene trauen sich beispielsweise nicht, zur Landjugend zu gehen, auch wenn diese sagt, dass jeder kommen kann. Da muss es eine gezielte Ansprache geben, weil sie sich nicht dazugehörig fühlen. Solche Dinge sind zum Beispiel wichtig. Es muss mehr Flexibilität geben. Junge Menschen haben, wie wir gerade gehört haben, ein sehr dichtes Zeitbudget. Hier muss einfach flexibler reagiert werden, zum Beispiel, indem Sitzungen nicht bis 22 oder 23 Uhr laufen, sondern in Zeiten verlegt werden, in denen auch Frauen teilnehmen können, oder in Zeiten, in denen Jugendliche und junge Menschen studieren und trotzdem ihr Ehrenamt ausüben können. Solche Dinge müssen einfach passieren. Und vielleicht noch ein letzter Punkt, weil er wichtig ist. Wir haben immer wieder gehört, dass den jungen Menschen Mitsprache fehlt, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird und dass sie gern mitwirken wollen. Sie sind hoch motiviert, wollen aber mitgestalten, teilhaben und mitbestimmen. Da müssen sich die Strukturen einfach bewegen, sonst bleibt der Nachwuchs aus. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Bündnis 90/Die Grünen. Dr. Nick.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. Wenn man sich mit Landfrauen und Landjugend beschäftigt, stellt man fest, dass sie ihrer Zeit immer sehr progressiv waren, gerade die Landfrauen seit ihrer Gründung. Ich habe außerdem neu gelernt, dass die Landjugend schon seit 1949 paritätisch ist. Bei den Landfrauen gab es übrigens diese Landfrauenstudie. Wir haben das Jahr der Frauen, aber wir sind nach wie vor mit elf Prozent Frauen, die Betriebe führen, das Schlusslicht in Europa. Das wollte ich an dieser Stelle einmal gesagt haben. Das heißt, da muss einiges geschehen. Ich möchte jedoch nicht auf die Landwirtschaft eingehen, das mache ich in einer anderen Funktion, sondern auf ihr Wissen, Frau

Diekmann. Wie empowern Sie Frauen, damit sie tatsächlich Führungsrollen im Ehrenamt übernehmen? Können Sie uns dazu etwas sagen?

Heidrun Diekmann (dlv): Wir sprechen die Frauen gezielt an und schauen, wo wir uns das vorstellen können. Dann gibt es Unterstützung in Form von Rhetorikkursen und Seminaren, in denen die Frauen feststellen: „Oh, das bringt mir selbst was, wenn ich so ein Amt übernehme. Mein Horizont erweitert sich ungemein.“ Wir machen das verbandsübergreifend. Das fängt auf Ortsebene an, wo dies in kleinen Strukturen stattfindet. Später ist es dann auf Kreis- oder Landesebene genauso. Diese Frauen werden aus allen Landesverbänden nach Berlin zum Deutschen LandFrauenverband eingeladen, um sich über mehrere Tage hinweg das Rüstzeug für eine Vorstandsfunktion anzueignen. In den meisten Fällen funktioniert das gut.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Super, vielen Dank. Und weiterhin viel Erfolg. Dann meine Fragen an die Landjugend. Sie werden vom Familienministerium und vom Landwirtschaftsministerium unterstützt, die beide Fördermittel bereitstellen. Was genau wird denn gefördert? Wir hören immer, wie wichtig das Hauptamt ist, damit das Ehrenamt funktionieren kann. Wo sehen Sie einen zusätzlichen Bedarf, Herr Ruschmeyer?

Lars Ruschmeyer (BDL): Was wird gefördert? Aus dem BMLEH heraus ist es zum Beispiel der Berufswettbewerb, bei dem wir in den grünen Berufen – Landwirtschaft, Hauswirtschaft, Weinbau, Forstwirtschaft und Tierwirtschaft – versuchen, junge Leute in einem Wettbewerb für den Beruf zu motivieren. Das ist unser wichtigster und größter Wettbewerb der grünen Berufe in Europa und tatsächlich unsere größte Ehrenamtsschmiede, weil wir so auf junge, engagierte, motivierte Leute treffen. Aus dem BMBFSFJ gibt es natürlich viel strukturelle Förderung, die zum Beispiel unser Hauptamt mitfördert, aber auch Großveranstaltungen im Bereich der Grünen Woche und des Deutschen Landjugendtags unterstützt, sodass wir unsere Aufgabe als Dachverband wahrnehmen können, junge Leute aus ganz Deutschland zu vernetzen und zu motivieren. Wo ist Bedarf? Ich kann Ihnen diese Informationen gerne detailliert zukommen lassen. Denn es ist eine Veränderung der Förderung geplant, die uns sehr stark einschränkt, sodass wir keine klassische Defizitför-



derung mehr aus dem BMBFSFJ erhalten, sondern Tagespauschalen für bestimmte Dinge wie Fahrtkosten, Referenten, Unterkünfte etc. Übernachtung bekommen. Das würde für uns eine große Einschränkung bedeuten.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Ich war heute insgesamt nicht so streng wie sonst, weil ich sagen muss, dass wir viel zu selten Ihre Erläuterungen hören. Daher ist das für uns heute sehr wertvoll. Bitte schauen Sie trotzdem gerne auf die Zeit. Denn wir haben noch eine Fragestellerin: Frau Eißing von der Fraktion Die Linke.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Vielen Dank. Frau Seifert, ein großes Thema ist immer wieder die Anerkennungskultur. Die Bundesregierung plant für dieses Jahr Ehrenamtspreise und –tage. Ist das aus Ihrer Sicht ausreichend, um Anerkennung für das Ehrenamt zu zeigen? Oder sollte aus Ihrer Sicht noch etwas anderes für Anerkennung sorgen?

Susann Seifert (Erlebe was geht gGmbH): Preise, Urkunden, Anstecker und Ähnliches sind auf jeden Fall wichtige Elemente der Anerkennungskultur. Auch die Möglichkeit, heute hier sprechen zu können, ist eine Form der Anerkennung. Es ist für uns eine sehr große Anerkennung, gesehen zu werden und mitsprechen zu können. Was sich die Engagierten aber eigentlich als Anerkennung für ihr Engagement wünschen, sind funktionierende Bedingungen vor Ort, sodass sie die Zeit haben, sich zu engagieren, ohne sich in bürokratischen Verfahren zu erschöpfen. Was junge Menschen betrifft, wünscht sich der Kreissportbund beispielsweise eine zeitgemäße Form der Anerkennung, denn die goldene Ehrennadel ist für die jungen Menschen nicht unbedingt attraktiv. Vielleicht kann man da gemeinsam mit entsprechenden Jugendverbänden passende Formate entwickeln, die für junge Menschen wirklich eine Freude sind und sie stolz machen.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Wir beobachten bei den jungen Leuten eine Abkehr von langfristigen Vereinsmitgliedschaften hin zu punktuellm Engagement. Welche spezifischen Förderinstrumente fehlen im ländlichen Raum, um diese in formellen Engagementformen rechtlich und finanziell abzusichern?

Susann Seifert (Erlebe was geht gGmbH): Auf jeden Fall sollte in der Engagementpolitik auch das informelle Engagement stärker in den Blick genommen

werden, weil sich viele junge Menschen eher projektweise engagieren möchten und weniger in Strukturen und Ämtern mitarbeiten wollen. Die Begriffe „Ehrenamt“ und „Engagement“ haben vielleicht auch noch aus historischer Sicht verschiedene Bedeutungen. Ich könnte mir gut vorstellen, im Bereich Digitalisierung Möglichkeiten zu nutzen. Aber vielleicht kann ich dazu noch abgeben.

Lars Ruschmeyer (BDL): Ja, weil mir da gerade ein wichtiger Punkt einfällt, der sowohl die Landfrauen und die Landjugend betrifft, als auch viele punktuelle und projektbezogene Initiativen. Häufig ist eine Förderung an gewisse Bedingungen geknüpft, beispielsweise an die Gemeinnützigkeit, was wiederum einen Rattenschwanz an Auflagen etc. mit sich zieht. Wir sollten auch nichtgemeinnützige, aber gleichzeitig gemeinwohlorientierte Verbände, Organisationen und Initiativen fördern. Das ist häufig ein gewisser Konflikt, weil man diesen Initiativen einen Vertrauensvorschuss geben muss. Aber es ist ein wichtiger Ansatz, dass man in der Planung gemeinwohlorientiert denkt.

Die **Vorsitzende**: Wenn das nicht ein schöner Schlusssatz war, gerade von Ihnen, dass man gemeinwohlorientiert denkt. Ich darf mich im Namen dieses Ausschusses bei Ihnen allen – Frau Diekmann, Herr Ruschmeyer, Frau Dr. Kleiner und Frau Seifert – herzlich bedanken, dass Sie zu uns gekommen sind und uns Rede und Antwort gestanden haben. Wenn Sie sich nachher fragen, was Sie eigentlich gesagt haben oder was man Sie gefragt hat, Sie können das ab morgen in der Mediathek des Deutschen Bundestages nachschauen. Herzlichen Dank noch mal für Ihre Ausführungen. Wir werden weiter an diesen Themen arbeiten. Für heute darf ich Sie erst einmal entlassen. Danke schön.

Beifallsbekundungen.

Die **Vorsitzende**: Ich schließe den Tagesordnungspunkt 1 und wir warten, bis Sie Ihre Sachen zusammengesammelt haben. Dann machen wir in einer Minute weiter.

Lars Ruschmeyer (BDL): Herzlichen Dank und einen schönen Tag noch.

Heidrun Diekmann (DLV): Viel Erfolg noch! Vielen Dank. Danke sehr.



Die **Vorsitzende**: Wir können dann zu Tagesordnungspunkt 2 weitergehen.

Tagesordnungspunkt 2

Vorhabenplanung der Bundesregierung im Bereich Sport

Selbstbefassung SB 21(5)27

Die **Vorsitzende**: Unter Tagesordnungspunkt 2 befassen wir uns mit der Vorhabenplanung der Bundesregierung im Bereich Sport. Hierzu wurde eine kurze, vom Bundeskanzleramt erstellte Aufstellung vorab an alle Mitglieder verteilt. Wir wollten wieder damit beginnen, Ihnen, Frau Dr. Schenderlein, das Wort zu geben, und dann in die Fragerunde einsteigen. Bitte schön.

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, um sich einen Überblick über die Koalitionsvorhaben im Bereich Sport und Ehrenamt im Bundeskanzleramt zu verschaffen. Zur Vorbereitung habe ich bereits eine Auswahl der Vorhaben zusammengestellt, die aus meiner und unserer Sicht von besonderer Relevanz sind. Diese Übersicht ist bewusst nicht abschließend. Sie fokussiert sich auf diejenigen Maßnahmen, die wir aus dem Koalitionsvertrag zusätzlich abgeleitet haben, insbesondere dort, wo wir inhaltlich neue Akzente setzen und den angestrebten Paradigmenwechsel im Spitzensport konsequent vorantreiben. Nicht enthalten sind daher die zahlreichen Programme und Maßnahmen, die sich bewährt haben und die wir selbstverständlich fortführen werden. Dazu zählen etwa die Förderung des Sports von Menschen mit Behinderung, die Unterstützung des nichtolympischen Sports, die Maßnahmen zur dualen Karriere sowie die Arbeit der NADA, der Sporthilfe und der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Diese Strukturen bleiben tragende Säulen unserer Sport- und Engagementpolitik und sollen perspektivisch weiter gestärkt werden. Ich begrüße die heutige Erörterung auch deshalb, weil sie uns die Möglichkeit gibt, den Blick zu weiten. In den vergangenen Monaten standen schon einzelne zentrale Vorhaben im Fokus, etwa die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele, das Sportfördergesetz oder der Aufbau des Zentrums für Safe Sport. Diese Themen bilden wesentliche Bausteine des ange-

strebten Paradigmenwechsels im Spitzensport und haben eine große öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Darüber hinaus gibt es aber eine Reihe weiterer wichtiger Handlungsfelder: die Umsetzung der Magglinger Konvention, die Weiterentwicklung der Förderrichtlinien, die Nationale Strategie für Sportgroßveranstaltungen und der Schutz sowie die Stärkung des Ehrenamts. Sie alle sind entscheidend, um in den kommenden Jahren strukturelle Verbesserungen zu erreichen. In den vergangenen zwölf Monaten konnten wir hier bereits wichtige Fortschritte erzielen, etwa mit ersten Umsetzungsschritten beim Zukunftspakt Ehrenamt oder der Überarbeitung der Förderrichtlinie im Baubereich. Zudem haben wir die Sportmilliarde auf den Weg gebracht und weitere Investitionen für den Spitzensportbereich beschlossen. Ambitionierte Sportlerinnen und Sportler, solche, die es werden wollen, oder diejenigen, die Sport einfach nur in ihrer Freizeit ausüben, brauchen gut ausgestattete Hallen, Schwimmbäder und Sportplätze. Genau dafür sind die Mittel gedacht, die weit mehr sind als die vorherigen Investitionen im Bereich des Sports. Für das lang erwartete Zentrum für Safe Sport haben wir die rechtlichen Voraussetzungen zur Gründung geschaffen. Alle Länder sind mit an Bord, und über das Sportfördergesetz haben wir uns in diesem Kreis auch schon des Öfteren ausgetauscht. Gleichzeitig liegt noch ein gutes Stück Weg vor uns. In den kommenden Monaten werden wir uns insbesondere den sozialen Rahmenbedingungen für Athletinnen und Athleten widmen und vor allem die Situation der Trainerinnen und Trainer in den Blick nehmen – Stichwort „Traineroffensive“ –, zudem werden wir den rechtlichen Rahmen zur Unterstützung der Opfer des DDR-Zwangsdopings verbessern. Das haben wir uns in unserem Koalitionsvertrag klar vorgenommen. Weiterhin werden wir den bereits im ersten Teil besprochenen Bürokratieabbau im Ehrenamtsbereich vorantreiben. Das wäre vorerst alles zur Einführung. Ich freue mich auf den Austausch und auf Ihre Fragen. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Dann beginnen wir gleich mit der Fragerunde. Für die Union startet Stephan Mayer.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Frau Staatsministerin, zunächst vielen Dank für Ihren einleitenden



Vortrag und den Bericht, den Sie uns vorgelegt haben. Ich glaube, man kann sagen, dass die Bundesregierung im Bereich der Sportpolitik nach knapp zwölf Monaten Amtszeit durchaus einiges Beachtenswertes und Bemerkenswertes vorzuweisen hat. Das ist höchst aner kennenswert, sowohl im Hinblick auf die ergriffenen gesetzgeberischen Maßnahmen als auch auf das Sportfördergesetz. Ich möchte noch nicht im Detail darauf eingehen, da wir hoffentlich noch ausreichend Gelegenheit haben werden, uns dazu zu äußern und uns damit auseinanderzusetzen. Sportpolitik vermittelt sich aber nicht nur durch Gesetzgebung und Regulatorik, sondern auch durch die finanziellen Rahmenbedingungen. Ich glaube, das ist in der Perspektive ein ganz entscheidendes Momentum. Die kommenden Haushaltsjahre werden mit Sicherheit nicht einfacher als die vergangenen. Das ist keine Binsenweisheit, sondern eine Tatsache, die überall zu beobachten ist. Das wird sich auch in der Sportpolitik niederschlagen. Sie, Frau Staatsministerin, haben einige wichtige Meilensteine erwähnt, die mir persönlich auch sehr wichtig sind: die Traineroffensive, die bessere Absicherung der Athletinnen und Athleten und, um es ganz offen zu sagen, die bessere finanzielle Unterstützung der Spitzenathletinnen und -athleten. Das sind alles wichtige Programmpunkte, aber entscheidend ist, dass die entsprechenden Mittel auch zur Verfügung stehen. Deswegen habe ich eine konkrete Nachfrage, Frau Staatsministerin: Wie ist Ihr Anspruch oder Ihr Ansatz bei den jetzt anstehenden Verhandlungen mit dem Bundesfinanzministerium, insbesondere wenn es um den Entwurf für den Haushalt 2027 geht? Gerade aufgrund der mit Sicherheit schwierigen Bedingungen werden Sie nicht umhinkommen, gewisse Schwerpunkte zu setzen. Da würde mich interessieren, wo Sie die Prioritäten setzen, auch gegenüber dem Bundesfinanzministerium. Was ist für Sie von entscheidender Wichtigkeit? Sie haben das Thema „Nationale Strategie Sportgroßveranstaltungen“ erwähnt, das mir ebenfalls sehr wichtig ist. Da geht es mit Sicherheit auch darum, dass wir uns als Bund finanziell stärker engagieren, um Europameisterschaften und Weltmeisterschaften in Deutschland durchführen zu können. Die bisherigen Mittelansätze waren immer unzureichend, das muss man klar sagen. Es bedarf also auch dafür eines Mittelaufwuchses. Die konkrete Frage ist, wo Sie, Frau Staatsministerin, jetzt in den Gesprächen

mit dem Bundesfinanzministerium die Prioritäten setzen.

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Vielen Dank. Lieber Stephan Mayer, Sie haben völlig recht, es steht und fällt alles mit der finanziellen Ausstattung. Ich muss sagen, dass ich finde, dass wir im letzten Jahr sehr gute Erfolge erzielen konnten, vor allem dadurch, dass jetzt konkret in die Bundesstützpunkte und Olympiastützpunkte investiert werden kann. Und dadurch, dass wir über das Sondervermögen 150 Millionen Euro für den Sporthaushalt erreichen konnten. Das ist ein Erfolg und zeigt, dass das BMF durchaus sportaffin ist. Auch die Ankündigungen hinsichtlich der Rückendeckung bei den Olympischen und Paralympischen Spielen sind sehr wesentlich und wichtig. Nichtsdestotrotz werden die Verhandlungen sehr herausfordernd werden. Wir haben die erforderlichen Mehrbedarfe anhand des Koalitionsvertrags errechnet, systematisch erfasst und dem BMF dargelegt – mit klarer Unterstützung des Bundeskanzleramts. Meine Schwerpunkte sind Athletenunterstützung und Traineroffensive, aber auch das Thema Organisationskostenzuschuss. Konkret wollen wir die Zuschüsse bei Welt- und Europameisterschaften deutlich erhöhen. Aktuell sind es 150 000 Euro. Wir sehen hier eine Aufstockung auf 250 000 Euro als realistisch, auch bei anderen Sportgroßveranstaltungen von 75 000 auf 125 000 Euro. Das haben wir konkret aufgeschrieben. Zudem wollen wir eine neue Förderrichtlinie auf den Weg bringen. Die Verhandlungen dazu laufen, und Sie wissen, dass die Ergebnisse bis Ende April festgezurrert sein müssen. Wir sind dran.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann geht das Fragerecht an die AfD. Herr Korell, bitte.

Abg. **Thomas Korell** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, auch vielen Dank für den Beitrag. Alle aufgeführten Punkte sind wichtig, aber da wir leider nicht so viel Zeit haben, möchte ich nur auf einige wenige eingehen. Die soziale Absicherung der Trainer bzw. des Leistungssportpersonals haben wir bereits 2022 in einem Antrag gefordert. Meine Frage dazu: Hier steht Haushalt 2027 – Anmeldung eines Mehrbedarfs zur Erhöhung der Mittel für das Leistungssportpersonal. Haben Sie dazu bereits zumindest ungefähre Zahlen, wie hoch der Mehrbedarf sein wird?



StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Das ist Teil der Anmeldung der Mehrbedarfe, wie ich schon gesagt habe, mit großem Schwerpunkt unter dem Stichwort „Traineroffensive“. Das Leistungssportpersonal ist ein weiterer Rahmen, aber ein großer Baustein sind die Trainer. Die Verhandlungen sind so weit gegangen, wie sich die Gehaltsspiegel insgesamt verändert haben, mit einer Anhebung um 35 Prozent. Das ist schon sehr deutlich. Aber wie gesagt, wir sind jetzt mitten im Verfahren.

Abg. **Thomas Korell** (AfD): Dann zum Thema Förderung der Verbände. Die Förderung gilt nur für Verbände, die Mitglied des DOSB sind. Es gibt sehr hohe Anforderungen, um Mitglied im DOSB zu werden. Meine Frage ist nun: Ist es auch angedacht, unter gewissen Voraussetzungen Verbände zu fördern, die nicht dem DOSB angehören? Ich denke dabei an den Padel-Verband, der Anfang März hier im Sportausschuss war und sehr eindrucksvoll über den Aufbau des Verbandes gesprochen hat – und das nur durch Eigenleistung. Wenn dies nicht geplant ist, welche Gründe gibt es dafür?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Der Padel-Verband hat mich ebenfalls sehr beeindruckt. Sie haben sich jedoch entschieden, unter dem Dach des Deutschen Tennis Bundes gefördert zu werden. Der Deutsche Tennisbund ist einer der Verbände, die gefördert werden. Bei der Verbandsförderung gilt immer das Subsidiaritätsprinzip, da sind wir auch mit manchen Verbänden mit Blick auf die Bundeshausordnungsordnung im Gespräch. Wir müssen immer schauen: Wie reich oder wie arm sind die Verbände? Wo können wir fördern und wo nicht? Im Moment fördern wir alles im olympischen, nicht olympischen und vorübergehend olympischen Bereich, das unter dem Dach des DOSB ist.

Abg. **Thomas Korell** (AfD): Unabhängig vom Padel-Verband gibt es noch hunderte andere Sportverbände, die nicht dem DOSB angehören. Wurde darüber nachgedacht, ob es für diese Verbände Förderung geben könnte, oder ist das ausgeschlossen?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Ich schaue jetzt zu meiner Rechten, ob da mal drüber nachgedacht wurde. Das kann ich aus dem Stand nicht sagen. Wir reichen das gerne nach oder ich gebe noch mal an Herrn Dr. Spitzer zu dem Thema Rückschlagverband. Das ist eben ein bisschen in der Diskussion angeklungen und diese Frage stellt sich für viele

andere kleine Verbände auch: Wo ist für mich der beste Weg? Organisiere ich mich im DOSB und unterwerfe mich dann dem Regime des DOSB? Unterwerfe ich mich einem großen Verband, der vielleicht schon Geld hat? Oder mache ich das als kleiner, eigenständiger Verband? Das muss der Verband für sich selbst entscheiden. Die Frage, wie wir jetzt über die Förderung von Verbänden denken, die nicht im DOSB sind, würde ich tatsächlich an Herrn Dr. Spitzer abgeben.

Dr. Patrick Spitzer (BKAm): Danke schön. Ich kann vielleicht ein bisschen Licht ins Dunkel bringen. Es gibt nicht nur den olympischen und nicht olympischen Sport. Es gibt auch die Verbände mit besonderen Aufgaben, die ebenfalls im DOSB organisiert sind. Es gibt ein sehr breites Spektrum. Durch die Angliederung an den DOSB haben wir natürlich einerseits die Möglichkeit, sehr professionell aufgestellte Verbände zu fördern. Im Vordergrund steht, dass wir bestimmte Zielwettkämpfe haben, an denen sich die Förderung ausrichtet. Dazu zählen die Olympischen und Paralympischen Spiele sowie die World Games im Bereich der nicht olympischen Sportarten. Ich glaube, das ist ein Zusammenspiel. Die Teilnahme der Verbände und damit ihre Förderfähigkeit richtet sich wiederum nach ihrer Teilnahmefähigkeit an diesen Spielen. Deswegen ist das der Rahmen, der gesetzt ist.

Abg. **Thomas Korell** (AfD): Vielen Dank. Thema Modernisierung und Sanierung von Sportstätten im Spitzensport: Können Sie uns ein paar Schwerpunkte für die Förderung der angemeldeten Maßnahmen nennen? Es gab eine Anmeldefrist. Nach welchen Kriterien wird diese Förderung bewilligt?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Wir haben die Liste und haben noch einmal eine Abfrage mit Blick auf die 150 Millionen gemacht. Wir haben uns entschieden, Projekte ab 2 Millionen zu fördern. Vor Weihnachten haben wir die Länder gebeten, Projekte anzumelden, da wir immer eine Co-Förderung mit den Ländern machen. Das haben sie gemacht. Die Liste liegt Ihnen, glaube ich, auch vor. Ich kann sie aus dem Kopf nicht herunterbeten. Jetzt sind wir genau in der Phase, in der unsere Kollegen aus dem Baubereich mit den Ländern besprechen, wie wir die Projekte vorantreiben, damit wir tatsächlich in ein Antragsverfahren kommen. Die Meldungen der Länder spiegeln wir einmal mit dem DOSB, um zu schauen, was



sportfachlich sinnvoll ist. Es gibt eine Abstimmung zwischen Bundeskanzleramt, DOSB und Land, so entsteht diese Liste. Wir klären jetzt mit den Ländern, welche Projekte aus Ländersicht prioritär umzusetzen sind, weil die Länder diese Projekte zum Teil sogar mehr als der Bund mitfinanzieren müssen. Das wird sich, wie bei Bauprojekten üblich, manchmal auch nach den Gegebenheiten vor Ort richten. Wenn ein Land sagt, eigentlich wäre mir die und die Sporthalle lieber, aber bei dieser Sporthalle geht es jetzt gerade besser voran, dann nehmen wir erst einmal diese. Da würden wir als Bund den Ländern keine Vorgaben machen. Diese Liste, die wir jetzt haben, wollen wir fördern. Im tagtäglichen Doing schauen wir dann, wie man die einzelnen Projekte voranbringen kann. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann geht das Frage-recht an die SPD-Fraktion. Bettina Lugk.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Vielen Dank für die Liste und den Vortrag. Ich glaube, heute sieht man wieder, wie schwierig unser Spagat eigentlich ist. Einerseits haben wir das Ehrenamt, mit dem wir uns hier befassen und das wir zu verbessern versuchen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch sehr viele Themenfelder im Spitzensport, die einer Reform bedürfen. Und dabei meine ich nicht nur das Sportförderungsgesetz. Wir merken schon, dass die Diskussion, die wir angestoßen haben, was die Bauprojekte angeht, eine Schnittmenge mit dem Sportförderungsgesetz bildet. Ich freue mich, dass wir Sportstätten modernisieren, darunter auch solche des Spitzensports. Gleichzeitig wollen wir die Sportagentur mit dem Auftrag versehen, das Stützpunktsystem zu verbessern, zu optimieren oder zu verändern. Insofern merken wir schon, dass wir aufgrund des Drucks, den wir haben, in der Gleichzeitigkeit sind. Aber wir müssen aufpassen: Neben der Frage, wo wir das Geld erhöhen müssen, sind wir uns in den sozialen Bereichen, also bei der Athletenförderung und der Bezahlung von Trainee-rinnen und Trainern, alle oder fast alle einer Meinung. Auf der anderen Seite merken wir aber auch, dass ein Anstieg der Gelder nicht zu besseren Ergebnissen geführt hat. Das werden wir sicherlich auch in der nächsten Sitzung merken, wenn wir uns um die Evaluierung der beiden Veranstaltungen in Mailand kümmern. Insofern wäre es mir wichtig, dass wir die Themen, die wir bereits angefangen haben und die schon eine Weile laufen,

tatsächlich abschließen. Es überrascht nicht, dass ich das Thema „Zentrum für Safe Sport“ erneut aufgreife. Wir haben gestern in der Berichterstattung gesehen, dass sich der Deutsche Handballbund mit einer Kommission auf einen guten Weg gemacht hat, jetzt aber an dem Punkt angekommen ist, an dem man das eigentlich nicht so richtig finalisieren kann. Einige Sportlerinnen und Sportler haben den Rahmen auch genutzt, um Dinge auf den Weg zu bringen. Wir merken, dass wir etwas Übergeordnetes über die Verbände brauchen. Im März wurde der Beschluss gefasst, das Zentrum auf den Weg zu bringen, und wir müssen jetzt dringend in den Regelbetrieb kommen. Daher meine Frage: Welche Schritte müssen bis Mitte 2027 gegangen werden, um einen Regelbetrieb und ein geregeltes Verfahren innerhalb dieses Zentrums zu etablieren?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Vielen Dank, Frau Lugk. Völlig richtig und wichtig, dass wir über das Zentrum für Safe Sport sprechen. Wie Sie richtig gesagt haben, haben Bund und Länder am 19. März bei der SMK gemeinsam beschlossen, dass wir dieses Zentrum zeitnah gründen möchten. Die Gründungsversammlung bzw. die Gründungsveranstaltung wird Anfang Juli in Berlin stattfinden. Das ist die offizielle Gründung. Das wollten wir schon hier in der Hauptstadt vollziehen. Parallel dazu arbeiten wir daran, das ZfSS physisch einzurichten und mit Personal auszustatten. Wie Sie wissen, wird es der Standort Kassel. Dazu gehört zunächst eine Ausschreibung der Vorstandspositionen, die Auswahl einer geeigneten Liegenschaft am vorgesehenen Standort und die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur. All das muss gemacht werden. Unser Ziel ist es, dass wir spätestens im Herbst die ersten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort haben, die ihre Arbeit aufnehmen, und dass wir Mitte 2027 in den Regelbetrieb übergehen können. Die dafür notwendigen Maßnahmen im Jahr 2026 habe ich Ihnen bereits genannt. Perspektivisch sollen etwa 40 Personen dort arbeiten.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Vielen Dank. In der vergangenen Sitzung haben wir schon einmal das Thema Lebenswirklichkeit von Athletinnen behandelt. Damals hatte ich das Thema Kinderbetreuung und die Frage, wie man das berücksichtigen kann, aufgebracht. Jetzt haben wir das Thema Mutterschutz in der Vorhabenplanung. Das



BMBFSFJ hat sich nämlich auf den Weg gemacht, auch den Mutterschutz für Selbstständige zu regeln. Ich vermute, dass es dazu ressortübergreifend gerade Gespräche gibt. Genauso vermute ich, dass es aufgrund der Besonderheiten im Bereich Sport und Sportlerinnen vielleicht ebenso spezielle Regelungen geben wird. Können Sie uns ein, zwei Sätze sagen, wo wir da eigentlich aktuell stehen?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Sehr gerne. Genau wie Sie es richtig formuliert haben: Wir schauen derzeit, inwiefern die Regelungen des Mutterschutzes anzupassen sind und ob es sinnvoll ist, das Thema Mutterschutz für Selbstständige in das Gesetzesvorhaben des BMBFSFJ zu integrieren. Das wird gerade geprüft. Wir stehen mit der Stiftung Deutsche Sporthilfe in Kontakt, um zu prüfen, ob Erweiterungen zum Mutterschutz in den Förderkonzepten denkbar und geeignet wären. Die Stiftung unterstützt bereits jetzt mit speziellen Stipendienprogrammen, die den Wiedereinstieg nach der Geburt finanzieren. Ein Beispiel ist das Comeback–Stronger–Programm. Im Herbst 2026 werden wir unsere Erkenntnisse in einem Runden Tisch zusammenfassen, um konkrete Lösungen zu erarbeiten. Es hat sich im Vorgehen durchaus bewährt, alle Akteure zusammenzunehmen.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Vielen Dank, dass Sie den Zeithorizont mit angegeben haben. Das ist ein Thema, das die Leute bewegt. Es besteht die Erwartungshaltung, dass wir Themen, die schon etwas länger anhängig sind, jetzt auch finalisieren. Und dieses Thema gehört dazu.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann geht es zu Bündnis 90/Die Grünen. Tina Winklmann.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Vorsitzende. Frau Staatsministerin, danke für die Ausführungen und die Einführung ins Thema. Es wurde jetzt schon vieles angesprochen, aber noch nicht alles. Was hier auffällt, ist, dass wir viel von Prüfaufträgen und Gesprächsformaten lesen und hören, aber von wenig politischer Verbindlichkeit. Gerade beim Thema Frauen im Sport, das uns allen sehr am Herzen liegt, nennt die Planung Sichtbarkeit, Begleitprogramme, Leuchttürme und einzelne Veranstaltungen. Dadurch fällt aber auf, dass die strukturellen Fragen zu Förderlogiken, Zugängen und Repräsentanz sowie eine dauerhafte Verankerung kaum vorkommen. Es geht darum, Frauen wirklich zu stärken und

voranzubringen und sie in Positionen zu bringen. Ist das eine bewusste Schwerpunktsetzung der Bundesregierung? Wenn ja, warum gerade auf Sichtbarkeit? Natürlich begrüßen wir Sichtbarkeit, aber uns fehlt einfach die Strukturveränderung. Warum fehlt diese und warum wird immer nur Sichtbarkeit genannt?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Vielen Dank. Es ist definitiv ein Schwerpunkt. Frauen und Mädchen im Leistungssport arbeiten hier ganz eng mit dem BISp zusammen. Das BISp verfolgt drei übergeordnete Ziele: Zum einen sollen Sportwissenschaftlerinnen im Wissenschaftsbetrieb sichtbarer gemacht werden, zum anderen sollen Erkenntnisse intensiv diskutiert werden. Deshalb findet die Vergabe des Female Forschungspreises 2027 wie geplant statt. Ein weiteres Ziel ist, geschlechtsspezifische Forschungslücken zu identifizieren. Diese sollen möglichst geschlossen werden. Mit diesem Thema beschäftigen sich bereits 40 geförderte Projekte im BISp–Schwerpunkt. Zusätzlich zielen Workshops, Infografiken, Webinare und Ähnliches darauf ab, eine bessere Wissenskommunikation zu etablieren. Im Female–Schwerpunkt des BISp werden Projekte zu Themen wie Qualifizierung gefördert. Stichworte sind hier Mentoring, Trainerinnen, Mitbestimmung von Athletinnen, Schwangerschaft und Spitzensport sowie Gender Pay Gap und Gender Leadership Gap. Ab Mai 2026 wird das Projekt „Athletinnen im Spannungsfeld von Leistungsförderung und Gesunderhaltung“ für vier Jahre gefördert. Am 2. Juli findet zudem eine Veranstaltung beim BISp statt, die den Wissenstransfer verstärken soll, denn Forschung dazu hat durchaus schon stattgefunden. Wir müssen diese jedoch international vernetzen, um zu erreichen, dass solche Erkenntnisse ausgetauscht werden, wie es in der Wissenschaft üblich ist. Da es aber oft eher kleine Pflänzchen sind, auch in anderen Ländern, fehlt es manchmal an solcher Vernetzung. Das ist mir ein wichtiges Anliegen, denn Wissenschaft und Erkenntnisse sind kein Selbstzweck, sondern müssen in die Praxis übergehen. Diese Veranstaltung soll genau dazu dienen, Wissen an all jene weiterzugeben, die im aktiven Bereich unterwegs sind. Am Ende müssen auch die Trainerinnen und Trainer wissen, welche Erkenntnisse es gibt. Diese müssen entsprechend in den Trainingsplan eingearbeitet werden. Dafür dient die Veranstaltung zum Beispiel.



Zwischenruf Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU):
Bekommen wir eine Einladung?

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen):
Ich frage für meinen Kollegen Mayer: Kriegen wir
alle eine Einladung?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Genau, das macht das
BISp zusammen mit den Hochschulen vor Ort. Ich
kläre das und gebe Ihnen gerne eine Rückmeldung.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen):
Frau Staatsministerin Schenderlein, Sie haben
viele Punkte aufgezählt, die extrem wichtig sind.
Aber Sie haben es eben selbst gesagt: Wir müssen
zusammenführen. Wir müssen Trainerinnen- und
Traineroffensiven, Athletinnen- und Athletenför-
derung, Mutterschutz und Frauen im Sport zusam-
menführen und nicht nur als reine Einzelmaßnah-
men betrachten. Was wir jetzt nicht gefunden
haben bei Ihren Vorhaben, ist diese strategische
Linie. Wo ist diese strategische Linie für den
Spitzensport in dieser Legislaturperiode? Wo
führen wir alles zusammen, um die Schlagkraft für
unsere Athletinnen und Athleten und unseren
Sport zu haben, um gut aufgestellt und gewappnet
zu sein für alles, was kommt – allein mit Blick auf
die olympischen und paralympischen Spiele in
Deutschland? Wo ist diese strategische Linie? Wo
führen wir diese ganzen Einzelmaßnahmen
zusammen?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm):
Genau in diesem Prozess sind wir. Wir haben
Erkenntnisse gewonnen, zum Beispiel fand im
letzten Jahr auch die Female-Konferenz statt. Da
gab es wichtige Ergebnisse. Das, was wir jetzt
machen, dient auch dazu, all diese Informationen
zusammenzunehmen. In meinem Referat gibt es ein
Referat, das das Thema Gleichstellung mitverant-
wortet, was ein ganz wichtiger Punkt ist. Aus all
diesen Informationen wird die Strategie erarbeitet,
die wir dann auch hier im Ausschuss noch einmal
ausführlich diskutieren können, sofern dies
gewünscht ist.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen):
Okay, ich freue mich sehr, wenn wir es hier sehr
ausführlich diskutieren und damit etwas bewegen.
Danke.

Die **Vorsitzende**: Damit geht das Wort an die Linke.
Christian Görke.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Vielen Dank,
Frau Vorsitzende. Zunächst einmal vielen Dank,
Frau Staatsministerin, für diese doch sehr beach-
tenswerten Vorhaben, die einen Schwerpunkt im
Bereich Spitzensport, Förderung und Reformen
sowie natürlich auch bei der Olympia-Bewerbung
haben. Bevor ich dazu komme, würde ich jedoch
gerne noch etwas zum Zentrum für Safe Sports
erfragen. Auch wir finden es gut, dass nach jahre-
langer Bereitstellung des Haushaltstitels im Haus-
halt nun endlich eine Umsetzung erfolgt. Vor dem
Hintergrund des Koalitionsvertrags und des klaren
Bekenntnisses, Forschungsinstitutionen und Behör-
den vor allem in Ostdeutschland anzusiedeln, ist
die Entscheidung, Kassel den Zuschlag zu geben,
für uns nicht nachvollziehbar. Können Sie uns bitte
transparent machen, warum diese Entscheidung für
Kassel getroffen wurde?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Das
mache ich sehr gerne, Herr Görke. Mit der Spitzen-
sportagentur gehen wir genau den Weg, dass
bewusst eine neu gegründete Institution in
Ostdeutschland an einem historisch wichtigen Ort
aufgebaut wird, der eben auch mit anderen Behör-
den ein Sportcluster bildet, nämlich Leipzig. Die
Entscheidung für Kassel fiel aus dem Grund, dass
das Land Hessen bereits seit vielen Jahren den
Bereich Safe Sport innerhalb der Länder verant-
wortet und diesen Prozess sehr stark vorangebracht
hat. Wir haben gemeinsam dafür gekämpft, dass
dieses Zentrum auf den Weg gebracht wird. Kassel
ist ein geeigneter Ort. Es gibt dort Möglichkeiten,
auch wenn es vielleicht nicht die strukturstärkste
Region ist. Aber auch da können wir einen wichti-
gen Punkt setzen. Es gab aber viel Engagement
seitens dieses Bundeslandes.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Dann würde ich
gerne mit meinen Fragen fortsetzen. Ich sehe in der
Jahresplanung, dass wir jetzt offiziell in einen
internationalen Bewerbungsprozess mit dem IOC
eingetreten sind. Für 2026 ist auch der strukturelle
Austausch geplant, alles steht nachlesbar da. Damit
bin ich bei der sogenannten Olympia-Garantie, die
die Bundesregierung verabredet und artikuliert hat.
Deshalb frage ich Sie: Wenn man sich zu einer
solchen Garantie ausspricht, dann hat man doch
sicherlich alle Risiken und Herausforderungen im
Blick und ist sich dieser auch bewusst, oder? Vor
dem Hintergrund, dass der Steuerzahler in Paris
6 Milliarden Euro für die Ausrichtung aufbringen



musste, möchte ich fragen, von welchem Richtwert die Bewerberregionen denn jetzt ausgehen können, wenn Sie von einer Garantie sprechen? Diese wurde bereits mehrfach artikuliert. In der Aussprache in der Hamburger Bürgerschaft wurde gesagt, der Bund habe die Garantie ausgesprochen. Können Sie diesen Richtwert heute beziffern?

StMin Dr. Christiane Schenderlein (BKAm): Zunächst einmal ist es ein wichtiges und klares Zeichen für die Bundesregierung, dass wir uns geschlossen hinter die Bewerbung stellen. Es ist das wichtigste sportpolitische Ziel, die Olympischen und Paralympischen Spiele nach Deutschland zu holen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Bund den Bewerberregionen das klare Signal aussendet, dass es die notwendige Unterstützung seitens der Bundesregierung gibt. Es ist, wie gesagt, auch ein Kompass. Es ist jetzt aber auch ein wichtiger Punkt, auf den vieles andere einzahlt, wie die Aufgaben, die wir heute schon diskutiert haben. Aktuell läuft dieser Prozess in den Bewerberregionen. Der DOSB ist für diesen Prozess hauptverantwortlich. Dieser Gesamtprozess wird durch Arbeitsgruppen begleitet. Dazu gibt es beispielsweise eine Arbeitsgruppe, die sich um den Finanzbereich kümmert. Dort sind Abgeordnete des Bundestags integriert, die genau prüfen, welche finanziellen Aspekte wichtig sind und welche Investitionen mit der Bewerbung verbunden sind. All dies wird geprüft und genau unter die Lupe genommen. Am Ende fließt alles in das Raster ein, das die Grundlage für die Gesamtentscheidung bildet.

Abg. Christian Görke (Die Linke): Wenn ich das richtig zusammenfasse, bedeutet das angesichts der aktuellen finanziellen Situation und der mittelfristigen Finanzplanung, dass wir nach wie vor eine Garantie haben, Sie aber nicht wissen, mit welchem Richtwert wir möglicherweise kalkulieren müssen. Habe ich das richtig interpretiert?

StMin Dr. Christiane Schenderlein (BKAm): Die Richtwerte stehen bereits in den Bewerberkonzepten, die seit letztem Jahr vorliegen. Wir haben auch hier im Ausschuss diskutiert, mit welchem groben Finanzrahmen dort gerechnet wird. Man kann das einordnen. Es wird auch diskutiert werden, welche Projekte dringend notwendig sind, welche vielleicht nice to have sind und welche aus bestimmten Gründen trotzdem wichtig zu diskutieren sind. Das wird sortiert. Da war schon auch eine

Grundlage gelegt. Jetzt wird sehr viel detaillierter daran gearbeitet. Auch an den Konzepten wird weitergearbeitet. Dass man jetzt nicht weiß, wie viele finanzielle Mittel damit verbunden sind, würde ich aber nicht sagen. Der Rahmen ist durchaus klar, aber darunter gibt es Dinge, die dringend sind, und dann gibt es Dinge, die zwar toll wären, aber aufgrund verschiedener Haushalts-situationen zumindest noch einmal extra geprüft werden müssen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Dann schließe ich hiermit Tagesordnungspunkt 2 und rufe Tagesordnungspunkt 3 auf.

Tagesordnungspunkt 3

Vorhabenplanung der Bundesregierung im Bereich Ehrenamt

Selbstbefassung SB 21(5)28

Die Vorsitzende: In Tagesordnungspunkt 3 befassen wir uns mit der Vorhabenplanung der Bundesregierung im Bereich Ehrenamt. Auch hierzu wurde allen Mitgliedern vorab eine Aufstellung verteilt. Sollen wir direkt in die Fragerunde einsteigen? Artur Auerhammer für die Union. Bitte schön.

Abg. Artur Auernhammer (CDU/CSU): Vielen Dank. Vielen Dank auch für die Vorlagen. Wir haben in den letzten Sitzungen, in denen wir den Schwerpunkt auf das Ehrenamt gelegt haben, ebenso wie heute gemerkt, dass wir hier ein sehr großes, positives Potenzial haben. Für mich stellt sich die Frage: Wir haben in der Bundesregierung verschiedene Zuständigkeiten. Mir wäre es lieber, wenn wir diese noch stärker bündeln würden, am liebsten natürlich bei der Staatsministerin für Ehrenamt. Wie sehen die Vereinbarungen innerhalb der Bundesregierung aus? Können wir da noch stärker vorankommen? Können wir da noch mehr erreichen?

StMin Dr. Christiane Schenderlein (BKAm): Vielen Dank für die Frage. Ich muss sagen, ich bin jetzt eigentlich so weit, dass ich mit der Struktur, die wir aufgebaut haben, sehr zufrieden bin. Wir haben uns das genau angeschaut. Einerseits war im BMI ein Referat, welches nun bei mir anhängig ist, und andererseits haben wir die drei Referate, die ehemals im Bundesfamilienministerium waren. Wir kümmern uns um die Fragen, die für das Ehrenamt besonders wichtig sind. Vorhin haben



wir viele davon diskutiert. Vor allem die Themen Bürokratieentlastung, Wertschätzung und Anerkennung sind wichtig. Es funktioniert tatsächlich in einem vernünftigen Austausch. Wir koordinieren viel, obwohl das BMF und das BMJV federführend zuständig sind. Dass das sehr gut funktioniert, haben wir anhand des Steueränderungsgesetzes gesehen, sodass wir mit dem Zukunftspakt Ehrenamt schon einen ersten schönen Schritt gehen konnten. Die Herausforderungen sind jetzt durchaus komplizierter in der Regulierung, gerade wenn man an Zuwendungsrecht, Vereinsrecht oder Gemeinnützigkeit denkt. Das sind schon dicke Bretter, ebenso wie die Datenschutzgrundverordnung. Das sind alles sehr wichtige Themen. Aber wir arbeiten in dieser Struktur weiter, mit dem Moment, dass wir als Bundeskanzleramt eine koordinierende Funktion haben. Sodass ich eigentlich zuversichtlich bin, dass wir weitere Bürokratieentlastung auf den Weg bringen können. Noch ein Punkt: Die ehrenamtliche Struktur ist unglaublich vielfältig. Wir haben vorhin beispielsweise das Thema ländlicher Raum angesprochen und dabei die Arbeit der Landfrauen und der Landjugend beleuchtet. Das ist aber nur ein Aspekt von vielen. Ein weiterer Aspekt ist, dass die Blaulichtorganisationen weiterhin im Bundesinnenministerium angesiedelt sind, da das Thema Sicherheit besonders wichtig ist. Ein weiterer Bereich ist der Entwicklungshilfebereich in den Entwicklungsländern, der beim BMZ angesiedelt ist. All diese Bereiche haben für sich genommen einen sinnvollen Zusammenhang, damit wir diese Vielfalt auch abbilden können. Ich glaube, es wäre schier unmöglich, das auf eine Person festzulegen. Aber der Austausch funktioniert gut. Ich bin auch gerne viel unterwegs und im direkten Austausch mit dem Ehrenamt vor Ort. Dabei merkt man, dass die Einrichtung dieser Position im Bundeskanzleramt sehr positiv wahrgenommen wird.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Ja, es macht auch Sinn, eine gewisse Aufteilung zu haben. Wenn ich jetzt an das Bundeslandwirtschafts-, Ernährungs- und Heimatministerium denke, dann geht es auch um die Fördergelder, die durch die GAK entsprechend ausgereicht werden, LidA, Aller.Lande, es hängt alles daran. Gerade auch, weil wir sicherheitspolitische Aspekte haben, zum Beispiel beim THW oder bei den Feuerwehren, sind diese natürlich in den Blaulichtorganisationen besser aufgehoben. Trotzdem ist eine Zusammenarbeit hier entsprechend wichtig. Ich möchte noch

kurz auf den sogenannten Ehrenamtstag eingehen, der uns bevorsteht. Wie wollen Sie ihn begleiten? Wie wollen Sie ihn ausgestalten?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Ich werde ihn begleiten, aber man muss sagen, dass es eine Initiative des Bundespräsidenten ist. Wir haben uns beteiligt, was das Thema Werbung angeht, weil es eine sehr gute Kombination aus dem Verfassungstag und der Frage ist, was uns in Deutschland eigentlich auszeichnet. Auf jeden Fall zeichnet uns das starke Ehrenamt aus. Deshalb ist das eine sehr gute Aktion, die dazu auffordert, einfach mal anzupacken und sich an eine Initiative zu wenden, die einem vielleicht schon im eigenen Umfeld begegnet ist. Ich selbst werde in der Woche davor und der Woche danach Projekte besuchen. Bisher habe ich gehört, dass viele mitmachen wollen. Die DSEE ist einer der Partner. Insoweit lohnt es sich natürlich auch für die Kolleginnen und Kollegen, diesen Ehrentag zu unterstützen.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Wir werden den Tag auch im Ausschuss flankieren. Wir arbeiten gut zusammen, das wollte ich damit nur dokumentieren. Das ist auch Sinn der Sache. Noch eine Nachfrage: Die Blaulichtorganisationen waren da und haben oft davon gesprochen, dass Ehrenamtliche einen gewissen Schutz brauchen, da sie Angriffen ausgesetzt sind. Machen Sie das federführend oder ist das dann im BMI?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Es gibt ein Forschungsprojekt im Rahmen der DSEE, das finde ich gut. Das sollten wir auch im Blick behalten und als Projekt weiterführen. Tatsächlich liegt es ansonsten sehr stark beim BMI, weil das Thema Sicherheit dort verortet ist. Aber es ist dennoch ein Thema, das uns sehr beschäftigt: Einerseits bei den Blaulichtorganisationen, andererseits, wenn wir über kommunale Mandatsträger reden. Auch dort haben wir einen wichtigen Punkt. Das ist ein Teil des Koalitionsvertrags, dass man Schutzkonzepte entwickelt. Insoweit sind wir mit dem BMI in einem guten Austausch.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann geht das Fragerecht an die AfD-Fraktion.

Abg. **Thomas Korell** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Das Zukunftspaket Ehrenamt ist ein starkes Signal für die Vereine und Ehrenamtlichen. Sie schreiben von Verbesserungen im Vereinsrecht,



im Datenschutzrecht und im Zuwendungsrecht. Können Sie das noch konkretisieren?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Genau. Mit dem Steueränderungsgesetz 2026, das hier alle beschlossen haben, wurden bereits wichtige Maßnahmen ergriffen. Dazu zählt die Erhöhung der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschalen sowie die Verbesserung der Haftungsprivilegierung. Außerdem haben wir verschiedene Grenzen erweitert, beispielsweise die zeitnahe Mittelverwendung, die freien Grenzen für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb und die Sphärenaufteilung. Jetzt gehen wir die nächsten Schritte. Das betrifft das Vereinsrecht, das Datenschutzrecht und das Zuwendungsrecht. Auch dort wird bereits an gesetzlichen und untergesetzlichen Umsetzungen gearbeitet. Wie gesagt, das umfasst durchaus anspruchsvolle Themen. Der Prozess läuft. Wir wollen viel erreichen und sind dazu im Austausch mit den entsprechenden Häusern. Jetzt gibt es eine Auftaktsitzung. Im Mai geht es um das Thema Datenschutz.

Abg. **Thomas Korell** (AfD): Vielen Dank. Bleiben wir mal beim Zukunftspaket Ehrenamt. Dort schreiben Sie, dass die Erarbeitung einzelner untergesetzlicher Änderungen angestrebt wird. Können Sie das bitte erläutern?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Das würde ich gerne an Frau Dr. Kibele weitergeben, da es sich um Rechtssystematik handelt.

Dr. Babette Kibele (BKAm): Wie Sie wissen, ist das Kanzleramt für viele Gesetze nicht federführend. Wir arbeiten jedoch sehr eng und sehr gut mit den Ressorts zusammen. Man könnte die Vermutung haben, jetzt kommt das Kanzleramt und übernimmt eine übergeordnete Rolle, wodurch den Ressorts etwas weggenommen wird. Das ist manchmal auch im Ressortkreis nicht leicht. Wir machen jedoch die sehr gute Erfahrung, dass die Ressorts sehr willig sind, mitzuarbeiten, weil sie oft sagen: „Es ist gut, dass wir eine übergeordnete Stelle haben, die sich um die Erleichterungen kümmert.“ Wir treffen uns daher zeitnah zum Datenschutz. Da wissen wir alle: Auf europäischer Ebene gibt es die Datenschutzgrundverordnung. Wir schauen, wo man gesetzlich und untergesetzlich Dinge ändern kann. Das sind die drei großen Bereiche: Vereinsrecht, Zuwendungsrecht und Datenschutzrecht.

Dr. Juliane Rapp-Lücke (BKAm): Beim Datenschutzrecht geht es um die Frage, ob gesetzliche Änderungen auf nationaler Ebene sinnvoll und nötig sind. Dazu haben wir Praktiker:innen, Verbändevertreter:innen und an der Basis tätige Ehrenamtliche eingeladen, um die Vorhaben zu spiegeln, nach den konkreten Bedarfen aus der Praxis zu fragen und gemeinsam Weiterentwicklungsvorschläge zu erarbeiten. Das machen wir in bester Eintracht. Wie Frau Dr. Kibele und die Staatsministerin bereits gesagt haben, werden wir diese Auftaktveranstaltung gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium ausrichten. Genauso sind wir im Gespräch mit dem Justizministerium. Hier möchte ich nicht vorgreifen, da wir uns noch in der Phase der Vorüberlegungen befinden. Auch hier geht es um die Frage, ob eine gesetzliche Änderung beschlossen wird, von der die Ehrenamtlichen im Bereich Vereinsrecht profitieren würden. Ich möchte ein drittes Beispiel ansprechen, da Sie spezifisch nach untergesetzlichen Veränderungen gefragt haben. Gerade im Bereich des Steuerrechts wird sehr viel über untergesetzliche Verwaltungsvorschriften geregelt. Dazu haben wir einen sehr guten Dialog mit dem BMF aufgebaut. Es gibt einige Punkte, die eventuell in Angriff genommen werden. Auch hier kann ich nicht vorgreifen. Mit der GEMA sind wir beispielsweise in sehr gutem Austausch. Heute hat im Haus der Bundespressekonferenz ein Austausch mit allen Ländern dazu stattgefunden. Frau Staatsministerin hat es erwähnt: Es wird weitere Pauschalverträge zwischen den Ländern und der GEMA geben, durch die den Ehrenamtlichen im gesamten Land bestimmte Lasten abgenommen und sogar bestimmte Finanzierungen übernommen werden. Das sind nur einige Beispiele der zahlreichen Gespräche, die wir derzeit unter der Überschrift „Zukunftspakt Ehrenamt“ führen. Danke schön.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Danke, Frau Vorsitzende. Ich habe noch eine Frage an Frau Dr. Schenderlein. Zunächst sagten Sie, dass die Maßnahmen im Ehrenamt messbar wären. Sie gaben das Steueränderungsgesetz als Beispiel an und meinten, die Erhöhung der Ehrenamts- und Trainerpauschale sei ein Kriterium gewesen, das dazu geführt habe, dass das Ehrenamt gestärkt wurde. An welchen Kriterien haben Sie das festgemacht? Das Ganze ist erst Ende November in Kraft getreten. An welchen Kriterien haben Sie das festgemacht? Das würde mich interessieren.



StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Es gibt zahlreiche positive Rückmeldungen zu diesem Gesetz. Deshalb nehme ich das als Beobachtung. Das ist auch ein Messkriterium. Die Evaluierung der DSEE hat stattgefunden. Im September letzten Jahres wurde der Evaluierungsbericht öffentlich vorgestellt.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Von wem gab es positive Rückmeldungen zu diesem Gesetz? Von welchen Verbänden?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Ich führe zahlreiche Gespräche mit Ehrenamtlichen. Und von dort habe ich positive Rückmeldungen bekommen. Und zwar über die Vielfalt des Ehrenamts gleichermaßen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann geht das Wort an die SPD-Fraktion. Da würde ich jetzt noch einmal übernehmen. Zunächst wollte ich mich bedanken. Sie haben es vorhin bereits kurz erwähnt: Es ist nicht selbstverständlich, dass man etwas aus der letzten Legislaturperiode übernimmt und sofort daran arbeitet, die Vorhaben umzusetzen. Das ist gelungen. Nur so war der Zukunftspakt möglich. Da sind all die Eindrücke aus dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement der letzten Legislatur eingeflossen. Sie haben das sehr schnell umgesetzt. Das hat viele gefreut und ist erst einmal ein guter Punkt. Anschließend haben Sie den Runden Tisch durchgeführt. Danke noch mal an Frau Dr. Rapp-Lücke, die ihn geleitet hat. Ich fand ihn überaus informativ. Ich würde Sie bitten, zwei, drei wesentliche Punkte, die Ihnen aufgefallen sind, hier noch einmal kurz zusammenzufassen. Ich glaube, das interessiert wirklich alle. Mir ist noch in Erinnerung, dass einige zu einem bestimmten Zeitpunkt ihre Sorge über Kürzungen bei „Demokratie leben“ geäußert haben. Das hat an dieser Stelle einen emotionalen Part eingenommen, weil man sich gefragt hat, wie man dann noch agieren soll, wenn das durch Kürzungen nicht mehr möglich ist. Es gab aber auch viele positive Rückmeldungen. Wenn Sie das, was Sie jetzt schon aufgeführt haben, damit vielleicht noch verbinden mögen: Sie haben eine ganze Menge schon genannt. Vielleicht könnten Sie nur sagen, was hat denn jetzt wirklich Priorität? Was können wir relativ bald umsetzen? Wie schätzen Sie das ein? Wo können wir besonders arbeiten? Denn Sie müssen mit vielen Ministerien zusammenarbeiten, das ist gar keine Frage. Herr Ruschmeyer hat vorhin zum

Beispiel gefragt, wie es eigentlich mit der Digitalisierung aussieht. Können wir da nicht mal schneller werden? Ich weiß, dass der Digitalminister sehr engagiert ist. Arbeiten Sie jetzt konkret an solchen Programmen, um es den Ehrenamtlichen zu vereinfachen?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Vielen Dank. Wir haben den Runden Tisch durchgeführt und es wird auch noch mal an anderer Stelle eine Möglichkeit für den Austausch geben. Ich glaube, es war eine sehr gute Sache, weil wirklich viele wichtige Akteure des Engagements vertreten waren, zum Beispiel der DSSE, das BBE, die bagfa, die Gemeinschaft der Wohlfahrtsverbände und andere Akteure. Da waren viele wichtige Akteure vertreten, die zum Ausdruck gebracht haben, was ihnen wichtig ist. Es diente auch dazu, sich die Zeit zu nehmen, um zu fragen: Wo brennt es denn bei euch? Wo drückt der Schuh? Wo seht ihr konkreten Handlungsbedarf? Die Sorge um unsere Demokratie wurde dabei sehr deutlich. Wie wir vorhin im Vortrag von Frau Dr. Kleiner gehört haben, ist das Ehrenamt ein Pfeiler, der die Demokratie unterstützt, weil dort Demokratie gelebt wird. Betrachten wir beispielsweise einen Sportverein: Dort gibt es eine Satzung, es wird gewählt, es wird innerhalb des Vereins diskutiert und Entscheidungen werden getroffen. Das ist für jeden nachvollziehbar. Aber es gibt eben auch Sorgen, die wir sehr ernst nehmen. Ich denke, das Thema GEMA haben wir jetzt mehrfach angesprochen. Das ist etwas Konkretes, an dem ich direkt mitarbeite. Wir sollten zudem überlegen, wie wir unsere Anerkennung und Würdigung noch einmal zusammenfassen können. Ich glaube, das ist eher eine organisatorische Frage, aber sie ist wichtig, damit wir die gewünschte Wirkung erzielen. Klar, wir haben jetzt diesen Ehrentag, der von allen mitgetragen und unterstützt wird. Aber wir haben auch den Engagementtag und den Engagementpreis. Diese beiden wollen wir eigentlich ein Stück weit noch enger verzahnen, um wiederum mehr Sichtbarkeit herzustellen. Auch da wünsche ich mir mehr Engagement. Das hat ein hohes Potenzial. Es hat schon eine enorme Wirkung, aber daran kann man immer noch gut arbeiten. Es braucht verlässliche Strukturen, die das Ehrenamt im Alltag unterstützen. Aber auch Dank sagen und Anerkennung sind wichtige Bestandteile. Dazu zählt zum Beispiel das Thema Ehrenamtskarten, das wir diskutiert haben. Auch dazu gibt es konkretere Punkte, über die wir



nachdenken können, um möglicherweise ein Angebot zu schaffen, das durch uns und den Bund getragen wird. Wir haben spannende Kultureinrichtungen. Das ist ein guter Punkt, den wir aus dieser Diskussion mitgenommen haben. Ansonsten geht es einfach darum, an der Bürokratieentlastung zu arbeiten. Das ist das Wesentlichste, das haben wir vorhin von allen gehört. Das ist entscheidend. Deshalb liegt der Schwerpunkt darauf.

Die **Vorsitzende**: Vielleicht nur einen Satz noch zur Digitalisierung. Sehen Sie da etwas?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKamt): Das würde ich gerne wiederum abgeben, weil die Kollegen da tiefer drin sind.

Dr. Babette Kibele (BKamt): Genau, wir arbeiten im Sportbereich mit dem Bundesverwaltungsamt zusammen an einem Prozess, wie wir das Zuwendungsverfahren erleichtern und digitalisieren können. Ein Partner ist der Deutsche Leichtathletik Verband, weil das einfach ein großer Sportverband ist, der ganz viele unterschiedliche Facetten hat, die wir gut abbilden können. Das haben wir jetzt zu einer Initiative mit dem Digitalministerium zusammengeführt, das zeitgleich angefangen hat, sich Gedanken zu machen. Und dann sind wir dazugestoßen und haben schon etwas Konkretes, das wir jetzt in doppelter oder gemeinsamer Federführung vorantreiben wollen. Frau Rapp-Lücke hat noch mehr Details dazu.

Dr. Juliane Rapp-Lücke (BKamt): Vielen Dank. Das Thema Digitalisierung spielt in mehrfacher Hinsicht eine große Rolle bei unseren Maßnahmen und Überlegungen für den Zukunftspakt. Einerseits unterstützt die DSEE Vereine und Organisationen bei diesem Digitalisierungsprozess und gibt ihnen wertvolle Beratung und handfeste Hilfestellungen, wie sie sich als Verein zukunftsfest und modern aufstellen können. Insofern ist die Digitalisierung auch im Sinne einer Beratung sehr wichtig. Dann gibt es diesen Aspekt, den die Staatsministerin schon angesprochen hat: das Once-Only-Prinzip. Es ermöglicht Ehrenamtlichen, sich möglichst aufwandsarm und nur einmal mit dem Staat in Verbindung setzen zu müssen. Das Stichwort lautet hier Registermodernisierung. Und dann gibt es den dritten Aspekt, den Frau Dr. Kibele jetzt hervorgehoben hat. Dieser ist Teil einer größeren Initiative des BMDS geworden. Es geht dabei in dreierlei Hinsicht darum, Ehrenamtliche zu unterstützen.

Einerseits durch eine Modernisierung des Zuwendungsrechts, welches die Förderbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen regelt. Andererseits geht es um die Anwendung dieses Rechts, was im Koalitionsvertrag dankenswerterweise ganz klar vereinbart wurde. Als dritten Aspekt ist die Digitalisierung der Förderverfahren ein wichtiger Punkt, weshalb diese auch eine bereichsübergreifende Rolle spielt. Beispielsweise leisten die Sportreferate der Abteilung hier einen Beitrag, um an dieser Modernisierung teilzuhaben. Insofern sind alle diese Schwerpunkte berücksichtigt.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann gebe ich an Bündnis 90/Die Grünen ab. Tina Winklmann.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Vorsitzende. Frau Staatsministerin, danke für die Einführung in die Vorhabenplanung. Nach der Vorhabenplanung ist vor dem nächsten Engagementbericht. Was in der Jahresplanung fehlt, ist die aber Einsetzung der Kommission für den nächsten Engagementbericht. Gerade weil dieser Bericht noch in dieser Wahlperiode mit Stellungnahme der Bundesregierung dem Bundestag vorgelegt werden muss, stellt sich uns doch die Frage, ob hier bereits Zeit verloren gegangen ist, weil wir noch nichts gefunden haben. Wann soll denn die Kommission eingesetzt werden? Und warum taucht dieser Punkt jetzt nicht explizit in der Jahresplanung auf?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKamt): Das hat damit zu tun, dass es sich um laufende Verfahren handelt. Selbstverständlich wird es einen Engagementbericht geben, und Sie haben da nichts verpasst. Wir sprechen mit Experten, die wir dann für diese Kommission gewinnen möchten und die sich hoffentlich auch für das Thema interessieren. Deswegen wird es, denke ich, relativ zeitnah dazu eine Information geben. Wir sind da jetzt gerade in den letzten Abstimmungen.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir freuen uns auf die Informationen und auf die Expertinnen und Experten, die gefunden werden. In der Planung nennen Sie zum Freiwilligensurvey eine Fachtagung im September zur Vorstellung des Hauptberichts. Wie möchte die Bundesregierung denn mit den Ergebnissen politisch weiterarbeiten? Versteht die Bundesregierung den Survey in erster Linie als Berichterstatter oder als Instrument, aus



dem sich konkrete politische Forderungen ergeben sollen?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Der Freiwilligensurvey ist von großer Bedeutung für uns. Richtig, im September werden wir die große Gesamtstudie vorstellen. Sie erscheint nur alle fünf Jahre, weshalb auch längere Zeiträume und Vergleiche zu den anderen Freiwilligensurveys möglich sind. Der Survey ist ein wichtiges Instrument zur Messung und hilft dabei zu erkennen, welche Dinge bereits gut funktionieren, da eine regionale Auflistung sowie Fragen zu Geschlechterunterschieden und Alter enthalten sind. Wir erhalten tatsächlich relevante Informationen über die Engagementstruktur, die Engagementlandschaft, über die Anzahl der Menschen, die sich engagieren, und auch über die Hemmnisse und Hürden. Deshalb arbeiten wir ganz konkret und intensiv damit, weil es uns aufzeigt, wo wir noch Schwächen haben und wo wir besser werden müssen. Deshalb fließt es direkt in unsere Arbeit ein. Es ist eine ganz wichtige Grundlage.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke. In diesem Zusammenhang würde uns interessieren, welche beiden Sonderauswertungen vorgesehen sind.

Dr. Babette Kibele (BKAm): Das steht noch nicht fest. Die Kollegen aus dem Fachreferat sind gerade noch im Gespräch. Das kommt zeitnah im Laufe des Jahres und wird dann hier natürlich vorgestellt und veröffentlicht. Aber da sind die Fachkollegen noch im Gespräch.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Welche Erkenntnislücken sieht die Bundesregierung derzeit im Engagementbereich als so relevant an, dass sie vertieft und ausgewertet werden sollen? Welche Erkenntnislücken sind es, bei denen man wirklich sagt: Okay, hier müssen wir reingehen, hier geht die Bundesregierung rein, hier liefern wir?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Das ist etwas, das aus dem letzten Engagementbericht tatsächlich zum Tragen gekommen ist. Insoweit ist das ein wichtiges Instrument, das speziell Themen aufgreift, die für die Arbeit wichtig sind. Dort werden etwa die Themen Schwellen und Hürden aufgeführt. Das sind wichtige Erkenntnisse und Informationen, die dann mit einfließen, zum Beispiel die Frage, wie wir Menschen motivieren

können, sich zu engagieren. Das Potenzial ist da, aber die Frage ist, wie man sie am Ende gewinnen kann. Wir stellen fest, dass es noch nicht niedrigschwellig genug ist. Das Thema Bildung ist immer noch ein formales Kriterium, was eigentlich sehr schade ist, weil wir die ganze Bandbreite der Gesellschaft für Engagement und Ehrenamt gewinnen wollen. Deshalb sind das wesentliche Punkte, die in die Arbeit einfließen. Dazu gehört auch das Thema, das wir mit den ländlichen Räumen diskutiert haben: Wie können wir Strukturen unterstützen, die schon da sind, für die wir auch Mittel zur Verfügung stellen, die aber in ländlichen Räumen an verschiedenen Stellen eine bessere Wirkung entfalten könnten, wenn wir Akteure besser miteinander vernetzen und die kommunale Ebene mit an Bord holen? Das ist ein wichtiger Aspekt. Man muss nicht immer etwas Neues schaffen, sondern sich das Einzelne anschauen und prüfen, ob am Ende die gewünschte Wirkung erzielt wird oder nicht, weil zum Beispiel noch nicht alle erreicht werden.

Die **Vorsitzende**: Bitte schön, Frau Eißing von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Vielen Dank. Frau Ministerin, die Vorhabenplanung widmet dem Sport vier Seiten, dem Ehrenamt jedoch nur eine einzige. Da geht es viel um Symbolpolitik, Kampagnenpreise und Aktionstage. Als Sprecherin für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in meiner Fraktion finde ich das etwas blass. Ich würde fragen wollen, warum die Vorhabenplanung keine verbindlichen Maßnahmen, keine Zeitpläne und keine zusätzlichen Mittel enthält. Woran sollen wir denn am Ende der Wahlperiode den Erfolg der Planung messen?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Im Koalitionsvertrag findet sich so viel Ehrenamt wie noch nie.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Ich rede von der Vorhabenplanung, um die es heute hier geht.

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Wir haben schon viel davon umgesetzt. Mit dem Zukunftspakt Ehrenamt und dem Steueränderungsgesetz haben wir im vergangenen Jahr einen wichtigen Teil umgesetzt. Von daher laufen ganz viele Maßnahmen, die wir durchführen, und es sind ganz viele Dinge. Wir unterstützen weiterhin die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt



mit 30 Millionen Euro, davon 20 Millionen aus dem Titel des Bundeskanzleramts und 10 Millionen aus dem Titel des Bundesministeriums für Landwirtschaft. Das ist eine enorme Unterstützung für eine Stiftung, die das Ehrenamt gezielt durch Beratung, Weiterbildung und Förderprogramme unterstützt. Dass wir das in Deutschland haben, ist richtig gut. Das heißt jedoch nicht, dass man nicht noch besser werden kann. Die Ergebnisse des Evaluationsberichts haben wir uns genau angeschaut. Morgen findet die erste Stiftungsratssitzung in der neuen Konstellation statt. Es gibt viele laufende Maßnahmen, die wir aufgeführt haben. Ich habe bereits erwähnt, dass sich jedes Bundesressort mit dem Thema Ehrenamt befasst. Um zu sehen, was die Bundesregierung alles für das Ehrenamt auf den Weg bringt oder unterstützt, müsste man eigentlich alles zusammenfassen, was in allen Häusern läuft – und das ist viel.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Nun, die Ehrenamtlichen, die wir in diesen Ausschüssen hatten, waren von der Feuerwehr und vom THW. Heute waren auch welche da. Das ist alles nicht so verteilt, wie Sie es uns hier vorstellen. Sie haben schon große Sorgen, aber das ist nicht Teil meiner Frage. Ich wollte nur einmal reflektieren: Sie kündigen erneut Bürokratieabbau und Reformen im Gemeinnützigkeitsrecht an, doch genau das hören wir schon seit vielen Jahren. Gleichzeitig erleben wir eine massive Verunsicherung. Vereine, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, haben ständig das Finanzamt im Nacken und Angst um ihre Gemeinnützigkeit. Wann schaffen Sie endlich eine klare gesetzliche Regelung, damit zivilgesellschaftliches Engagement nicht an der Angst vor dem Entzug des Steuerstatus scheitert? Oder ist es gar politisch gewollt, dass kritische Stimmen den Mund halten sollen?

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): Wir wollen natürlich, dass das Ehrenamt stark unterstützt wird und dass die Zusammenarbeit mit dem Finanzamt möglichst wenig bürokratisch ist. Das Thema Gemeinnützigkeitsrecht steht auch im Koalitionsvertrag, daher zählt es zu den Themen dieses Arbeitskatalogs, den wir vorhin schon erörtert haben. Ich weiß nicht, ob Frau Dr. Rapp-Lücke noch etwas zum Stichwort Gemeinnützigkeitsrecht ergänzen möchte.

Dr. Juliane Rapp-Lücke (BKAm): Das Gemeinnützigkeitsrecht ist jetzt nicht in der Vorhabenplanung

aufgeführt. Wir sind im Gespräch mit dem BMF über mögliche untergesetzliche Weiterentwicklungen. Konkrete Schritte zur Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts über das, was bereits geschehen ist, sind nicht geplant.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Wie wollen Sie verhindern, dass das Ehrenamt zunehmend die Aufgaben eines kaputtgesparten Sozialstaates übernimmt? Ist es nicht Aufgabe des Staates, soziale Infrastruktur sicherzustellen, statt sich auf unbezahlte Arbeit zu verlassen? Unbezahlte Arbeit. Ich kann Ihnen ein paar Strukturen benennen, um vielleicht noch mal in die Tiefe zu gehen.

StMin **Dr. Christiane Schenderlein** (BKAm): In erster Linie ist der Staat dafür verantwortlich, dass die Daseinsvorsorge funktioniert, die Pflichtaufgaben erfüllt sind und die Sicherheit gewährleistet ist. Das sind immer staatliche Institutionen. Wenn es um innere Sicherheit geht, ist die Polizei zum Beispiel verantwortlich. Jede Ebene ist für den Bereich zuständig, für den sie verantwortlich ist. Darüber hinaus ist das Engagement ein besonders wichtiges Plus. Wenn wir uns das Deutsche Rote Kreuz anschauen, sehen wir, dass vieles ohne das Ehrenamt nicht möglich wäre. Ohne das Ehrenamt könnte der gesellschaftliche Auftrag nicht erfüllt werden. Insoweit ist das tatsächlich von zentraler Bedeutung. Man muss genau hinschauen, ob es zu einer Überbelastung kommt. Deswegen sagen wir: Es braucht Entlastung, wo wir Entlastung herstellen können – gerade im Bereich der Bürokratie. Aber zuallererst muss klar sein, und das ist auch so, dass der Staat seinen Pflichtaufgaben nachkommt.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Ich sehe das etwas anders. Ein Beispiel ist das Freibad Gößnitz: Es ist ein kommunales Bad, das von der Kommune finanziert wird, aber von einem Förderverein betrieben wird. Wenn es diesen Förderverein nicht gäbe, würde niemand den Rasen mähen, den Schwimmmeister stellen, den Einlass machen oder das Kassenbuch führen, weil die Kommune einfach kein Geld hat. Das meine ich mit unbezahlter Arbeit. Gäbe es den Förderverein nicht, müsste das Bad schließen, weil die Kommune das Geld nicht hat, um die Menschen zu bezahlen. Das meine ich damit. Vielleicht können Sie das Augenmerk noch mehr auf die niedrigeren Gliederungen legen und nicht immer die großen Vereine, Stiftungen und Institutionen in den Fokus nehmen, sondern das reine, pure Ehrenamt.



Die **Vorsitzende**: Das lassen wir als Statement jetzt stehen. An dieser Stelle möchte ich außerdem auf den bereits mehrfach erwähnten Ehrentag des Bundespräsidenten am 23. Mai aufmerksam machen. An diesem Tag findet ein deutschlandweiter Mitmachtag statt, um bürgerschaftliches Engagement bewusst am Geburtstag des Grundgesetzes zu feiern. Das Motto lautet: „Für dich. Für uns. Für alle.“ Alle sind aufgerufen, durch lokale Mitmachaktionen die Demokratie zu stärken. Dies ist in den Aktionszeitraum vom 16. bis zum 31. Mai eingebettet. In dieser Zeit sollen zahllose kleine und große Aktionen vor Ort auf freiwilliger Basis realisiert werden. Sie werden von Vereinen, Organisationen, Unternehmen, Kommunen und Einzelpersonen organisiert. Für uns ist es im Rahmen dieses Aktionszeitraums noch wichtig, die Bedeutung des ersten bundesweiten Ehrentags ebenfalls zu würdigen. Unser Ausschuss plant daher am 20. Mai eine Sitzung mit entsprechenden Ehrenamtsthemen. Damit schließe ich TOP 3 und rufe TOP 4 auf.

Tagesordnungspunkt 4

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Neunter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland Alt werden in Deutschland – Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen und Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 20/14450(neu)

Die **Vorsitzende**: Die Unterrichtung durch die Bundesregierung: der Neunte Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Altwerden in Deutschland: Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen – sowie die Stellungnahme der Bundesregierung. Der federführende Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat das mitberatende Votum angefordert. Die Obleute haben sich heute Morgen auf Kenntnisnahme ohne Debatte geeinigt. Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist diese Unterrichtung zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss hat die Unterrichtung zur Kenntnis genommen.

Die **Vorsitzende**: Damit schließe ich auch den TOP 4 und komme zu TOP 5.

Tagesordnungspunkt 5

Verschiedenes

Die **Vorsitzende**: Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe keine. Dann kann ich bekannt geben, dass die nächste öffentliche Sitzung des Ausschusses am Mittwoch, den 22. April stattfindet. Bitte beachten Sie, dass wir aufgrund der Befragung des Kanzleramtschefs Thorsten Frei wieder erst um 15:30 Uhr starten und uns mit den Nachberichten des Deutschen Behindertensportverbandes und des Deutschen Olympischen Sportbundes zu den Olympischen und Paralympischen Spielen in Mailand/Cortina 2026 befassen wollen. Des Weiteren ist die Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE „Gute Arbeit, tarifliche Standards und sichere Arbeitsplätze auch für das Leistungssportpersonal“ (Bundestagsdrucksache 21/4540) als Tagesordnungspunkt vorgesehen. Damit schließe ich die 21. Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt. Ich bedanke mich bei Ihnen allen. Auf Wiedersehen.

Schluss der Sitzung: 17:21 Uhr

Aydan Özoğuz, MdB
Vorsitzende